

LANDTAG INTERN

Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen · Ausgabe 7 · 45. Jahrgang · 16. Wahlperiode · 11.7.2014

Erhöhung

S. 3

Die Abstufungen müssten lediglich weniger groß ausfallen, folgerte die Regierung aus dem Urteil zur gestaffelten Anhebung der Beamtensoldung. Die Opposition dagegen warf ihr Verfassungsbruch vor.

Verteidigung

S. 4

Einig waren sich die Fraktionen angesichts der Kommunalwahlergebnisse, dass man gegen Rechtsextreme vorgehen müsse. Kontroversen gab es über einen Bericht zu gewaltsamen Vorfällen in Dortmund.

Einigung

S. 7, 22

Nun ist er unter Dach und Fach: Der Kompromiss zwischen Landesregierung und Kommunen über die Kosten für das inklusive, gemeinsame Lernen behinderter und nicht-behinderter Kinder ist beschlossen.

Verminderung

S. 10-17

Wo Kohle, Öl, Benzin oder Gas verbrannt werden, entstehen Schadstoffe. Um diese zu reduzieren und die Klimaziele zu erreichen, gibt es eine Reihe von Möglichkeiten. Eine Aufgabe auch für die Landespolitik.

Dreck war gestern

Weniger Schadstoffe für eine bessere Zukunft



In Bewegung

Mal eben zum Laden, schnell mal was übers Internet bestellen und liefern lassen, überhaupt im Internet surfen, in der behaglichen warmen Stube sitzen, die Kaffeemaschine anstellen oder die Mikrowelle: Gleich was wir machen, wir brauchen Energie. Diese wird – immer noch – zu einem großen Teil von Maschinen geliefert, die fossile Energieträger – Kohle, Öl, Gas – verarbeiten. Das heißt in diesem Fall: verbrennen. Damit sind nicht nur diese Rohstoffe verloren, sondern über die dabei entstehenden Abgase wird auch die Umwelt verschmutzt.

Welche Folgen der Ausstoß solcher Gase für die Gesundheit von Mensch und Tier haben kann, wurde in den industriellen Ballungszentren Europas spätestens in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts deutlich. Welche Folgen dieser Ausstoß zudem für das Weltklima haben kann, darüber ist sich mittlerweile der allergrößte Teil der Wissenschaftler einig: Sie befürchten einen Klimawandel, der die Meeresspiegel ansteigen und Teile der Erde nicht nur für den Menschen unbewohnbar machen dürfte. Der also, um es in der Sprache der Ökonomen auszudrücken, Schäden in Milliardenhöhe verursachen dürfte. Die Zunahme von Extremstürmen, wie dem Orkan Ela vor wenigen Wochen in NRW, ist nur ein Indiz dafür.

Unbestritten ist mittlerweile: Wenn man will, kann man etwas dagegen tun. So lasse sich zum Beispiel auch mit 100 Prozent erneuerbaren Energien eine Versorgungssicherheit auf dem heutigen Standard

erreichen, erläuterten Fachleute in dem Unterausschuss des Landtags, der für den Klimaschutzplan NRW zuständig ist. Man kann Strom dezentral produzieren und doch zentral bedarfsgerecht steuern (S. 12). Für Zeiten ohne Sonne und Wind lässt sich die Energie in großen Anlagen speichern (S. 13). Ausserdem kann man sein benzin- oder dieselbetriebenes Auto gegen ein Modell eintauschen, das auf Strombasis fährt (S. 16). Und dann gibt es auch noch die Möglichkeit, den öffentlichen Nahverkehr zu nutzen und so einen Beitrag für ein gesundes Klima zu leisten – was allerdings eine gewisse Leistungsfähigkeit und Bezahlbarkeit dieses Angebots voraussetzt (S. 17, S. 19). Das alles kostet etwas, rechnet sich aber mittel- und langfristig, so die Fachleute.

WANDEL IM ENERGIELAND NR. 1

Der Landtag kümmert sich um all diese Themen. Er erörtert sie im Plenum sowie in den Fachausschüssen für Umwelt, Wirtschaft und Verkehr. Das Ziel ist, Wirtschaft und Privatpersonen gleichermaßen zu notwendigen Verhaltensänderungen zu bewegen. Denn ohne einen solchen Wandel im deutschen Energieland Nr. 1 werden die angestrebten bundesweiten und europäischen Klimaziele wohl nicht erreicht werden können. *cw*



Schwerpunkt: Weniger Schadstoffe

Das Wasser schützen	10
Mehr Erneuerbare, mehr Wettbewerb, mehr Arbeitsplätze?	11
Solardächer, vereinigt Euch!	12
Wertvolle Speicher fürs Klima	13
Schlag auf Schlag	14-15
Antrieb aus der Steckdose	16
ÖPNV: Abgehängt?	17
Zwischen Verkehrs- und Sozialpolitik	19

Leserservice & kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren? Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die Pressestelle des Landtags NRW, Telefon (0211) 884-2851, Fax (0211) 884-2250, email@landtag.nrw.de

Vielen Dank! Ihre Landtag-Intern-Redaktion

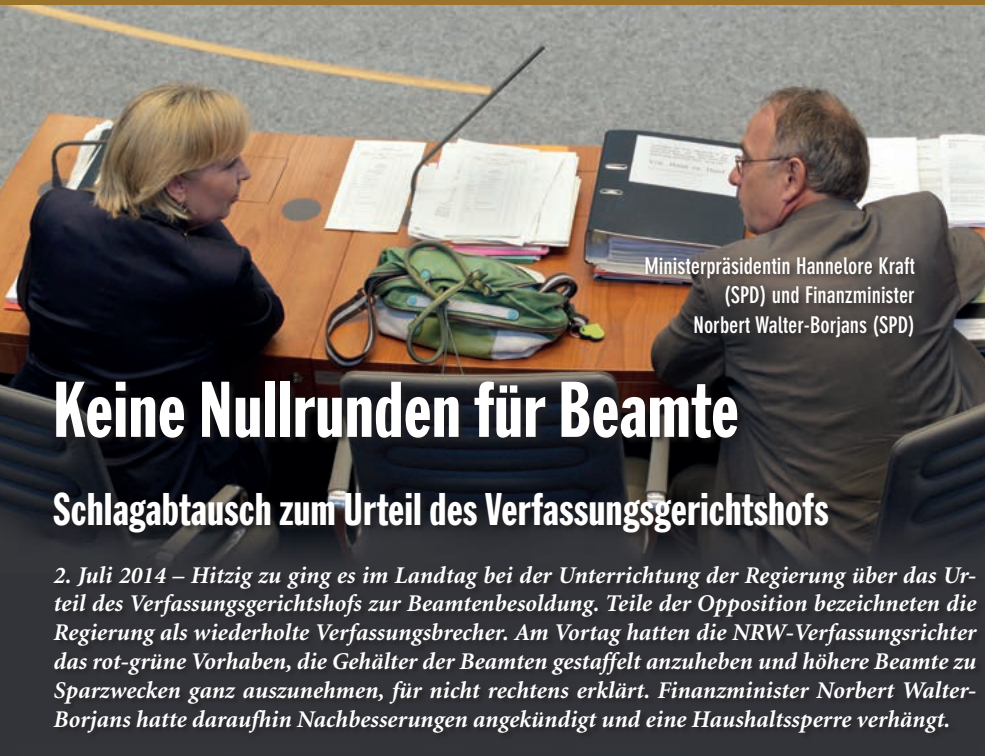
Inhalt

Aus dem Plenum

Finanzen I: Keine Nullrunden für Beamte	3
Inneres: Streit um Polizeibericht	4
Klima: Nach dem Sturm ist vor dem Sturm	5
Finanzen II: Der umstrittene Weg zur Null	6
Soziales I: 200 Aktionen für ein inklusives NRW	7
Polizei: Bitte recht freundlich	8
KiBiz: Großer Wurf oder Minimalschritt?	9

Aus den Ausschüssen

Meldungen	20
Hochschule: Umstrittene Koordinierung	21
Soziales II: Inklusion – Aufatmen und noch ein paar Änderungswünsche	22
Strafvollzug: Mehr Förderung – mehr Personal?	23
Gesetzgebung	18
Aus den Fraktionen	24-25
Forum: Denkanstöße im Spannungsfeld	26
Portrait: Dr. Robert Orth (FDP)	27
Impressum	27
Termine	28



Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) und Finanzminister Norbert Walter-Borjans (SPD)

Keine Nullrunden für Beamte

Schlagabtausch zum Urteil des Verfassungsgerichtshofs

2. Juli 2014 – Hitzig zu ging es im Landtag bei der Unterrichtung der Regierung über das Urteil des Verfassungsgerichtshofs zur Beamtendenbesoldung. Teile der Opposition bezeichneten die Regierung als wiederholte Verfassungsbrecher. Am Vortag hatten die NRW-Verfassungsrichter das rot-grüne Vorhaben, die Gehälter der Beamten gestaffelt anzuheben und höhere Beamte zu Sparzwecken ganz auszunehmen, für nicht rechtens erklärt. Finanzminister Norbert Walter-Borjans hatte daraufhin Nachbesserungen angekündigt und eine Haushaltssperre verhängt.

Das Gericht habe die Überlegung der Regierung im Spannungsfeld zwischen Besoldung und Schuldenbremse nachvollziehen können und stelle die gestaffelte Anpassung nicht infrage, betonte Finanzminister Norbert Walter-Borjans (SPD). „Die negative Entscheidung bezieht sich auf die konkrete Ausgestaltung“, so der Minister. Nun müsse zügig ein neuer Entwurf her. In dem Zusammenhang begründete Walter-Borjans die Haushaltssperre mit erwartbar höheren Personalkosten und geringen finanziellen Spielräumen.

„Dieser Minister sitzt doch mehr in Münster vor dem Verfassungsgerichtshof als auf der Regierungsbank“, meinte hingegen Armin Laschet (CDU). Zudem wiege dieser das Urteil einfach ab, obwohl das Gericht die Regierungspläne als evident verfassungswidrig bezeichne, so der CDU-Fraktionsvorsitzende. Damit sei eingetreten, was die Fachleute in der Anhörung vorhergesagt hätten. Laschet kritisierte die Landesregierung dafür, dass sie das Besoldungsgesetz nicht mit den Gewerkschaften besprochen habe. Er forderte zudem: Selbst wenn es mühsam sei, müsse Rot-Grün endlich mit strukturellen Reformen in Nordrhein-Westfalen beginnen.

Von den zehn unter der Regierung Rüttgers als verfassungswidrig erklärten Gesetzen sei

Rot-Grün noch weit entfernt, konterte Norbert Römer (SPD). Er gestand ein, Teile des Besoldungsgesetzes seien nicht mit der Verfassung vereinbar. Dies beziehe sich aber nur auf die zu großen Abstufungen zwischen den Besoldungsgruppen. Mit dem Gesetz habe Rot-Grün versucht, die Gehälter sozial anzupassen und Stellen zu erhalten, betonte der SPD-Fraktionschef: „Wir sind eben nicht mit der schwarz-gelben Kettensäge über die Personalhaushalte gefahren.“ Die Koalition habe die Schuldenbremse und notwendige Investitionen gleichermaßen im Blick.

Als „krachende Niederlage“ bezeichnete Christian Lindner (FDP) das Urteil – und dies rechtlich, finanziell wie auch politisch. „Hier gab es keine offene, umstrittene Rechtslage“, befand Lindner. Die Regierung habe den Verfassungsbruch bewusst einkalkuliert. Finanziell stecke Rot-Grün nun in einer Einbahnstraße, da sie den sozialverträglichen Personalabbau ausgesetzt habe. Mehr als eine „Mangelverwaltung“ sei nicht mehr drin, kritisierte der FDP-Fraktionschef angesichts der Haushaltssperre bei „Top-Konjunktur“. Politisch bestehe die Niederlage darin, dass Rot-Grün die Menschen – auch bei der Besoldung – gegeneinander ausspiele.

„Jede Niederlage tut weh“, sagte Reiner Priggen (GRÜNE). Doch dürften CDU und FDP nicht so tun, als sei ihnen das in Münster nicht passiert. Nach der Sommerpause müsse der neue Gesetzentwurf vorliegen, so dass er im Herbst verabschiedet werden könne, skizzierte der GRÜNEN-Chef den weiteren Zeitplan. Er stellte fest: „Wir werden keine doppelte Nullrunde machen können.“ Ebenso sei für die mittleren Besoldungsgruppen eine andere Lösung notwendig. All das werde nicht funktionieren, ohne Personal einzusparen, so Priggen. Er sei gespannt auf die Diskussion, denn CDU und FDP hielten vorgebrachten Spar- meist neue Ausgabenideen entgegen.

VARIATION

Dietmar Schulz (PIRATEN) warf Kraft Wortbruch und Verfassungsbruch mit Ansage vor. Noch im vergangenen Jahr habe sie versprochen, keine weiteren Nullrunden anzusetzen. Wie von ihm und Fachleuten angekündigt, sei der Regierung das Gesetz nun um die Ohren geflogen. Dabei habe es alternative Vorschläge gegeben, auch von seiner Fraktion: gemeinsam mit den Beamtenvertretern zu überlegen, wie die Gesamtsumme gerecht auf alle Besoldungsgruppen verteilt werden könne. Zudem kritisierte der Abgeordnete, dass Rot-Grün kein Geld für den Fall des nun eingetroffenen Urteils zurückgestellt habe – dies hätte eine Haushaltssperre verhindern können.

Das Gesetz sei sozial gerecht, betonte Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD). Dazu stehe sie. Die Meinung vieler Experten, wonach der Tarifabschluss der Angestellten eins zu eins auf die Beamten hätte übertragen werden müssen, bestätige das Urteil nicht. Der Gesetzgeber dürfe, so die Richter, bei der Anpassung die Haushaltsanierung berücksichtigen und auch bei den einzelnen Besoldungsgruppen variieren. *bra*

Abgelehnt

Ein Entschließungsantrag von CDU und FDP (Drs. 16/6206) wurde mit der Mehrheit von SPD und GRÜNEN abgelehnt.



Fotos: Schälte

Armin Laschet (CDU)

Norbert Römer (SPD)

Christian Lindner (FDP)

Reiner Priggen (GRÜNE)

Dietmar Schulz (PIRATEN)



PLENUM



Theo Kruse am Redepult und Innenminister Ralf Jäger (SPD)

Streit um Polizeibericht

Uneinig über Formulierungen, einig gegen Rechts

Fotos: Schälte

3. Juli 2014 – Nach den Ausschreitungen am Wahlabend vor dem Dortmunder Rathaus hat sich der Landtag in einer Aktuellen Stunde mit dem teils umstrittenen Polizeibericht befasst. Die CDU warf dem Innenminister vor, die Polizeikräfte wegen Drucks aus den Regierungsfractionen im Stich zu lassen. SPD, GRÜNE und PIRATEN forderten die Landesregierung dagegen auf, den Bericht inhaltlich zu korrigieren. Diesem zufolge hätten sich Bürgerinnen und Bürger aggressiven Rechtsextremen teils gewaltsam in den Weg gestellt, als die Radikalen ins Rathaus einziehen wollten. Einig waren sich die Fraktionen in dem Punkt, dass der Rechtsextremismus auf jeder Ebene bekämpft werden müsse – mit den Mitteln des Rechtsstaates und der Demokratie.

Die acht Polizeibeamten in Dortmund hätten in einer „hoch aggressiven“ Situation die Ruhe bewahrt und dadurch eine weitere Eskalation verhindert, lobte der CDU-Abgeordnete [Theo Kruse](#). Dafür gebühre ihnen uneingeschränkter Dank und Respekt. Dass Innenminister Jäger den Polizeibericht, von dem sich einige Politikerinnen und Politiker diffamiert fühlten, jetzt als persönliche Schilderung eines Beamten abtue, sei ein verheerendes Signal für die Einsatzkräfte. Kruse fragte daher: „Stehen Sie als Innenminister dieses Landes vollumfänglich zu dem, was Ihre Polizei tut, oder schieben Sie die Verantwortung dafür auf einen anonymen Einsatzbeamten der Dortmunder Polizei ab?“

„Der Bericht wirft mehr Fragen auf, als er beantwortet“, kritisierte hingegen [Torsten Sommer](#) (PIRATEN). Er enthalte bewusste Falschinformationen und verharmlose die Situation, indem er Täter und Opfer gleichstelle. Dabei sei die Gewalt ausschließlich von den Nazis in Richtung der Menschenkette vor dem Rathaus ausgegan-

genen. Das Ergebnis: zehn Verletzte, darunter die Grünen-Abgeordnete Daniela Schneckenburger. Sommer warf dem Staatsschutz darüber hinaus vor, die Situation falsch eingeschätzt zu haben. Sein Fazit zum Bericht: „Es wird versucht, engagierte Demokraten zu verunglimpfen, und rechten Gewalttätern wird mehr Glauben geschenkt als der Zivilgesellschaft.“

TÄTER UND OPFER

Auch sie sei dankbar für die Arbeit der ersten acht Polizeikräfte vor Ort, unterstrich [Nadja Lüders](#) (SPD). Es gehe nicht um den Einsatz, sondern die Wortwahl und den Duktus des Berichts. „Über die Angriffe der Rechten in der Zwischenzeit, die mit Gewalt das Rathaus stürmen wollten, ist nichts im Bericht beschrieben“, führte die Abgeordnete aus. Lüders zeigte sich stolz auf die Demokratinnen und Demokraten, die sich den Rechten in den Weg gestellt hätten. Der Minister habe im



Torsten Sommer (PIRATEN)



Nadja Lüders (SPD)



Dr. Robert Orth (FDP)



Verena Schäffer (GRÜNE)

Innenausschuss klar gesagt, dass er die Kritik am Bericht ernst nehme. Seinen Vorschlag, den Fall mit der Dortmunder Polizeiführung zu besprechen, nehme sie gerne an.

„Jeder Bericht kann falsch sein“, befand [Dr. Robert Orth](#) (FDP). In diesem Fall müsse der Innenminister das auch klar sagen und dürfe die Polizei nicht aus Angst vor der politischen Verantwortung im Regen stehen lassen. Die fachlich Zuständigen des Ministeriums hätten den Bericht im Ausschuss jedenfalls als sachlich richtig bestätigt, so Orth. In diesem Zusammenhang mahnte er, Gewalt erwidere man nicht mit Gewalt – dies sei peinlich für die Demokratie: „Ich finde es auch unerträglich, dass in Dortmund Rechte gewählt wurden und ins Rathaus einziehen. Aber ich würde keine Gewalt anwenden.“ Man hätte die Polizei schlichtweg ihre Arbeit machen lassen sollen.

„Sie verdrehen die Tatsachen“, empörte sich [Verena Schäffer](#) (GRÜNE). In Dortmund gebe es bundesweit eine der gewaltbereitesten Neonaziszellen. Viele Mitglieder des verbotenen Nationalen Widerstandes tauchten wieder in der Partei „Die Rechte“ auf, die nun in einigen Bezirksregierungen vertreten sei, so die Abgeordnete: „Das ist doch das

eigentliche Problem, über das wir diskutieren müssen.“ Der Kampf gegen Rechts könne nur gemeinsam mit der Zivilgesellschaft gelingen. Hinsichtlich des Wahlabends warf Schäffer der Polizei vor, die Situation falsch eingeschätzt zu haben. Zudem diffamiere der Einsatzbericht Menschen, die sich gegen Rechtsextremismus positionierten.

„In unserer demokratischen Gesellschaft darf kein Platz sein für rechtsextremistische Gewalt“, stellte [Innenminister Ralf Jäger](#) (SPD) klar. Es erschrecke ihn, dass deren Anhänger in Parlamente und Räte einzögen. Doch: „Bei allen Protesten gegen Rechtsextremisten müssen sich Demokraten an die demokratischen Gesetze halten.“ Zwar könne er nachvollziehen, dass sich die Menschenkette vor dem Dortmunder Rathaus im Recht gesehen habe, aber die Polizei könne nur nach Handlungen urteilen. Jäger sagte: „Ich stehe zu diesem Bericht.“ Gleichzeitig verstehe er die Irritationen. Trotzdem sei dies ein „Wahrnehmungsbericht von Einsatzbeamten“ und kein „politisches Manifest“.

bra



Nach dem Sturm ist vor dem Sturm

Landtag berät über Orkantief Ela und dessen Folgen

Foto: Schälte

3. Juli 2014 – Anteilnahme mit den Familien der Opfer sowie mit den Verletzten, Respekt vor dem Einsatz von Feuerwehr, Polizei, Technischem Hilfswerk, Bundeswehr und Rettungsdiensten, Dank an die unzähligen freiwilligen Helferinnen und Helfer: Dies einte die Fraktionen des Landtags bei der Unterrichtung der Landesregierung über das Orkantief Ela, das Anfang Juni Teile von Nordrhein-Westfalen verwüstete. Umstritten dagegen war die Frage, inwieweit das Land für die Beseitigung der Schäden mitverantwortlich ist.

Als „verheerend“ bezeichnete [Innenminister Ralf Jäger](#) (SPD) die Folgen des Unwetters. Nach erster Einschätzung seien in den Kommunen materielle Schäden in Höhe von rund 220 Millionen Euro entstanden, wobei der größte Teil auf die Beseitigung der Schäden an und durch Bäume entfalle. Das Land habe einen entsprechenden Hilfsfonds eingerichtet. Um den Kommunen so objektiv und gerecht wie möglich helfen zu können, sei es notwendig, für die Schadenserfassung standardisierte Indikatoren und gleiche Berechnungsgrundlagen zu erarbeiten.

Der Sturm Ela habe vor Augen geführt, dass auch Nordrhein-Westfalen zukünftig verstärkt Starkwetterereignissen ausgeliefert sein werde, ergänzte [Umweltminister Johannes Remmel](#) (GRÜNE). Notwendig sei eine Wiederaufforstung, die dies berücksichtige. Remmel warnte vor der weiterhin bestehenden Gefahr durch herabfallende Äste; das Waldbegehungsverbot müsse ernst genommen werden.

Das bestehende hohe Sicherheitsrisiko durch nun austrocknende Äste betonte auch [Thomas Kufen](#) (CDU). Viele Städte seien durch Ela drei- bis viermal härter getroffen worden als durch den Orkan Kyrill im Jahr 2007. Kufen lobte die Welle der Hilfsbereitschaft und Nachbarschaftshilfe, ausgelöst durch direkte Ansprache, E-Mails und soziale Netzwerke im Internet. Demgegenüber gebe es landesweit kein einheitliches elektronisches Stabführungssystem für einen solchen Krisenfall. Notwendig sei der Ausbau zentraler Ausbildungsmöglichkeiten für das kommunale Katastrophenmanagement. Den betroffenen Kommunen müsse

durch Land, Bund und – wenn möglich – die EU geholfen werden.

Kyrill sei planbar gewesen, Ela nicht, verwies [Michael Hübner](#) (SPD) auf die Wucht des jüngst plötzlich, dafür aber vergleichsweise kurz wütenden Wirbelsturms. Schon allein vor diesem Hintergrund seien die Folgen „erschreckend“, so Hübner. So hätten Äste und Bäume die Infrastruktur bis in die Kanalisation hinein beschädigt. Die betroffenen Kommunen müssten mit zusätzlichem Auswand an Personal und Maschinen dagegen vorgehen, wobei sich die Kosten je nach Baumtyp und Standort – Allee, Parkanlage oder Wald – unterschieden. Dies bedeute für sie auch finanziell eine enorme Herausforderung. Die Landesregierung habe darauf schnell und angemessen reagiert, so der SPD-Sprecher.

ERSCHRECKENDER SCHADEN

Enttäuscht von der Unterrichtung der Landesregierung zeigte sich [Dr. Robert Orth](#) (FDP). Trotz vieler Worte habe es keine Konkretisierung der angebotenen Hilfe gegeben. So herrsche Unklarheit über die zur Verfügung stehenden Geldmittel, über die Erfassungskriterien und vor allem darüber, ob die entwurzelten Bäume über Landesmittel ersetzt würden. Bei Kyrill habe die damalige schwarz-gelbe Landesregierung umgehend 100 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Demgegenüber habe Rot-Grün nicht angemessen reagiert. Insbesondere kritisierte Orth die GRÜNEN-Fraktion. Deren

Aussage, die Kommunen wollten sich bei der Schadensbegleichung „bereichern“, sei eine „Frechheit“.

Der Forderung, die Landesregierung müsse vollständig für die Kosten der Schadensbeseitigung aufkommen, könne diese aus Haushaltsgründen nicht nachkommen, so [Reiner Priggen](#) (GRÜNE). Selbstverständlich sei eine Hilfeleistung im Rahmen des Möglichen. Leider sei zu erwarten, dass NRW Schadensereignisse wie dieses zukünftig wohl häufiger erleben werde. Positiv sei, dass die staatlichen und privaten Hilfsmaßnahmen insgesamt funktioniert hätten. Mit Blick insbesondere auf die Verkehrssysteme sei aber zu untersuchen, inwiefern diese für die Zukunft besser gerüstet werden könnten. Auch Priggen sprach sich für einheitliche Standards bei der Ermittlung der materiellen Schäden aus.

Die Beseitigung der Schäden sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, betonte [Dietmar Schulz](#) (PIRATEN). Vor allem mit Blick auf den Baumbestand hätten sie in einigen Städten ein Ausmaß erreicht, das für ihn jedes Fassungsvermögen übersteige. Deren Beseitigung könne teilweise noch Jahre dauern. Es sei gut, dass das Land trotz Haushaltssperre eine entsprechende Hilfe zugesagt habe. Es sei notwendig, zügig eine Schadensbilanz zu erstellen. Die Kommunen müssten bald wissen, mit welcher Unterstützung sie rechnen könnten. Notwendig sei ein Gesamtkonzept, das am Ende niemanden überfordere. Schulz bezweifelte allerdings die von der CDU geforderte stärkere Zentralisierung.

cw



Der umstrittene Weg zur Null

Kann ab dem Jahr 2020 die Schuldenbremse eingehalten werden?

5. Juni 2014 – Neue Schulden soll es ab dem Jahr 2020 nicht mehr geben. Dies werde die rot-grüne Landesregierung jedoch nicht einhalten können, befürchtet die FDP. Vor dem Hintergrund neuer Gutachten zur Haushaltssituation des Landes beantragte die Fraktion eine Aktuelle Stunde, in der auch CDU und PIRATEN die derzeitige Finanzpolitik der Regierung ins Visier nahmen. SPD und GRÜNE betonten dagegen erneut den aus ihrer Sicht erfolgreichen Dreiklang aus Einsparungen, der Förderung von Bildung und der Stärkung der Kommunen.

„Enkelfit“ müsse der Landeshaushalt gestaltet werden, meinte [Ralf Witzel](#) (FDP) – so der Verfassungsauftrag an die Landesregierung. Diese laufe allerdings Gefahr, das vorgegebene Ziel nicht zu erreichen. Sowohl der Landesrechnungshof als auch zwei Wirtschaftsinstitute kämen zu dem

gebe. Börschels Fazit: Die notwendige Konsolidierung könne erreicht werden, wenn die vorhandenen Pläne eingehalten würden. Im Übrigen habe Rot-Grün seit dem Jahr 2010 die von Schwarz-Gelb hinterlassene Neuverschuldung um mehr als die Hälfte reduziert.

Nordrhein-Westfalen sich nicht genug anstrengen, müsse man eben Einsparvorschläge vorlegen. Das Gegenteil sei der Fall: Allein die CDU habe bislang Maßnahmen eingefordert, die in der Summe eine Haushaltsverschlechterung von 2,9 Milliarden Euro bedeuteten. Die Landesregierung konzentriere sich demgegenüber auf die Zukunftsthemen Schuldenabbau, Bildung und Förderung der Kommunen.

Erwartbar gewesen seien die nun vorgelegten Zahlen hinsichtlich der Haushaltskonsolidierung, so [Dietmar Schulz](#) (PIRATEN). Auch er verwies auf den rückläufigen Geschäftsklimaindex und warnte, das Geld müsse ja irgendwo herkommen. Außerdem werde das derzeit niedrige Zinsniveau nicht immer so bleiben. Des Weiteren müsse man offene Risiken wie etwa bei der Abwicklung der WestLB berücksichtigen.



Fotos: Schälte

Ralf Witzel (FDP)

Martin Börschel (SPD)

Dr. Marcus Optendrenk (CDU)

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE)

Dietmar Schulz (PIRATEN)

Finanzminister Dr. Norbert Walter-Borjans (SPD)

Schluss, dass der aktuelle Abbau der jährlichen Neuverschuldung nicht ausreiche, um im Jahr 2020 die Null zu erreichen – und das, obgleich Wirtschaftswachstum und sprudelnde Steuereinnahmen günstige Rahmendaten böten. Während laut Landesregierung von 2010 bis 2017 die Einnahmen von 38 auf 52 Milliarden Euro im Jahr stiegen, solle die Aufnahme neuer Schulden nur von 4,9 auf 1,4 Milliarden Euro sinken.

KONSOLIDIERUNG

Eine selektive Wahrnehmung warf dagegen SPD-Sprecher [Martin Börschel](#) der antragstellenden FDP vor. Die Befürchtung der FDP würde laut den Wirtschaftsinstituten nur dann eintreten, wenn die Regierung den Ausgabenanstieg nicht so begrenze, dass er hinter dem Einnahmeanstieg zurückbleibe. Dies aber sei satzungsbekannt. Des Weiteren müsse auch die Opposition erkennen, dass es einen Unterschied zwischen Finanzplanung und realem Haushalt

Es gebe Anlass zur Sorge vor einem wirtschaftlichen Abschwung, warnte [Dr. Marcus Optendrenk](#) (CDU). Immerhin sinke der Ifo-Geschäftsklimaindex für NRW im dritten Monat in Folge, und eine sinkende Wirtschaftsleistung bedeute sinkende Staatseinnahmen. Die Ursachen dafür sei nicht der Strukturwandel, sondern ein Strukturproblem: eine zu geringe Produktivität und zu wenig Innovation der in NRW ansässigen Branchen. Hierauf habe Rot-Grün keine Antwort, sondern lamentiere über den Länderfinanzausgleich. Gleichzeitig würden jegliche strukturelle Reformen blockiert. Ein Beispiel sei der Ausbau des Breitbandangebots: Hier investiere NRW 9 Millionen Euro, Bayern 400 Millionen Euro jährlich.

Der vorliegende Antrag sei schlichter Unsinn, so die Bewertung von [Mehrdad Mostofizadeh](#) (GRÜNE). Für die Warnung der FDP fehlten jegliche Belege. Die Wirtschaftsinstitute hätten vielmehr eine Begrenzung des Ausgabenanstiegs eingefordert. Falls man allerdings wie CDU und FDP von der Annahme ausgehe, dass

Vor allem bezweifelte er, dass das Instrument der globalen Minderausgabe weiterhin wirksam bleiben werde. Denn es betreffe ja auch Bereiche wie Forschung und Bildung, also Schwerpunkte der Landesregierung. Auch aus Gründen der Transparenz müsse diese offenlegen, wo sie die Daumenschrauben anlegen wolle.

Er freue sich, über die Konsolidierungserfolge der rot-grünen Landesregierung sprechen zu können, meinte [Finanzminister Dr. Norbert Walter-Borjans](#) (SPD) zum Antrag. Man habe die Neuverschuldung in einem nie dagewesenen Umfang zurückgeführt. Der Nachhaltigkeitsbericht 2010 habe für das Jahr 2020 eine Lücke von rund 11 Milliarden Euro vorhergesagt; der aktuelle Bericht gehe von nur noch 0,8 Milliarden Euro aus. Nordrhein-Westfalen weise die niedrigsten Pro-Kopf-Ausgaben aller Bundesländer auf, „obwohl die Folgekosten unseres Strukturwandels von uns selbst getragen werden“, so Walter-Borjans. Gleichzeitig habe man für die Beamtenpensionen insgesamt 5 Milliarden Euro zurückgelegt.



Sozialminister
Guntram Schneider (SPD)

Fotos: Schälte

200 Aktionen für ein inklusives NRW

Zwischenbilanz: Regierung sieht Land bei Inklusion auf gutem Weg

4. Juni 2014 – Ob Sportverein, Arbeitsmarkt oder öffentlicher Nahverkehr: Mit dem vor ein- einhalb Jahren verabschiedeten Aktionsplan „NRW inklusiv“ will die Landesregierung erreichen, dass Menschen mit Behinderung in der ganzen Gesellschaft gleichberechtigt teilhaben können, so wie es die UN-Behindertenrechtskonvention vorsieht. Im Plenum gab es nun eine erste Zwischenbilanz zur Umsetzung des Plans. Das Fazit der Fraktionen reichte von Lob bis hin zu harscher Kritik.

Mehr als 200 Maßnahmen habe der Aktionsplan bislang angestoßen, berichtete [Sozialminister Guntram Schneider](#) (SPD) im Landtag. An über 170 von ihnen arbeite NRW derzeit, 20 müssten noch in Angriff genommen werden. Unter anderem solle der ÖPNV bis zum Jahr 2020 barrierefrei sein. „Das ist auch ein ehrgeiziges Ziel“, meinte der Minister und wies darauf hin, dass wohl nicht alle Maßnahmen bis zum Ende des Jahrzehnts abgeschlossen sein würden. Ziel sei immerhin eine inklusive Gesellschaft. Eine solche Veränderung gebe es nicht von heute auf morgen, betonte Schneider. Er kündigte für die kommenden Wochen zudem den Entwurf eines Inklusionsstärkungsgesetzes an.

In der Tat sei Inklusion ein langer und ständig fortlaufender Prozess, einen wirklichen Endpunkt könne es gar nicht geben, befand der SPD-Abgeordnete [Josef Neumann](#). Der Aktionsplan sei dabei ein wichtiger Schritt. Neumann lobte die vielfältigen Aktivitäten, die es in NRW auf dem Weg zur Inklusion gebe. Nach Ansicht der CDU-Sprecherin [Ursula Doppmeier](#) fehlt dem Programm allerdings die Tatkraft: viele Absichtserklärungen, wenig Konkretes, keine oder überschrittene Zeitvorgaben. So sei bei der Landesbauordnung hin zu mehr Barrierefreiheit bislang nichts passiert – erst für dieses Jahr könne man auf Gespräche mit den Verbänden hoffen. Der im Rollstuhl sitzende PIRATEN-Abgeordnete [Stefan Fricke](#) bezeichnete den Aktionsplan als „Etikettenschwindel“. Er trage lediglich Bestehendes zusammen.



Stefan Fricke
(PIRATEN)



Manuela Grochowiak-
Schmieding (GRÜNE)



Ernst-Ulrich Alda
(FDP)

Minderheit des Gremiums aus. Fricke forderte die Landesregierung auf, endlich einmal die Betroffenen selbst zu fragen, was sie brauchten, um in der Gesellschaft selbstständig zurechtzukommen. Er warf Rot-Grün vor, über die Köpfe der Menschen hinweg zu entscheiden – dies zeige sich auch bei der schulischen Inklusion. Ebenso mahnte der FDP-Politiker [Ernst-Ulrich Alda](#): „Partizipation darf keine Alibiveranstaltung werden.“ Wichtig sei ein enger Schulterschluss aller Akteure – dies gelte auch für die Landtagsfraktionen. Gleichzeitig betonte er: „Es ist nicht damit getan, Gesetze zu ändern und spezielle Programme aufzulegen.“ Inklusion müsse in den Köpfen der Menschen ankommen und vor Ort geschehen. Dabei dürfe das Land die Kommunen mit der Aufgabe aber nicht alleine lassen. *bra*



Josef Neumann
(SPD)



Ursula Doppmeier
(CDU)

BETROFFENE BETEILIGEN

Ein bloßer Zeitplan helfe niemandem weiter, reagierte [Manuela Grochowiak-Schmieding](#) (GRÜNE) auf die Forderungen nach konkreten Zeitangaben. Die Qualität sei entscheidend. In NRW leben laut Sozialministerium 2,6 Millionen Menschen mit Behinderung. „Wir müssen die Betroffenen beteiligen“, unterstrich die GRÜNEN-Abgeordnete. Es sei daher richtig, die Kompetenzzentren für selbstbestimmtes Leben, wie von der Regierung geplant, landesweit auszubauen. Darüber hinaus beteilige Nordrhein-Westfalen die Betroffenen über den Ende des Jahres 2012 gegründeten Inklusionsrat am Aktionsplan, so Neumann.

Mitnichten, hielt Doppmeier entgegen. Menschen mit Behinderung machten lediglich eine

Kostenübernahme

Kosten in Höhe von jährlich insgesamt 37,5 Mio. Euro will das Land ab dem Haushaltsjahr 2015 für die schulische Inklusion übernehmen. Es geht darum, die finanziellen Auswirkungen für die Kommunen im Zusammenhang mit der Veränderung des regionalen Schulangebots aufzufangen. Die Regierung begrüßte den mit den Kommunen getroffenen Kompromiss. Der Landtag nahm das entsprechende Gesetz ([Drs. 16/5751](#)) mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN bei Enthaltung der übrigen Fraktionen an. In einem Entschließungsantrag ([Drs. 16/6231](#)) kritisierte die CDU, durch die späte Einigung gingen Schulen, Lehrkräfte und Kommunen das nächste Schuljahr unvorbereitet an. Der Antrag wurde mit Regierungsmehrheit abgelehnt.



Bitte recht freundlich

Landtag erörtert Mini-Schulter-Kameras für die NRW-Polizei

5. Juni 2014 – Sie sind klein, kaum sichtbar, aber selbst doch vielsehend: Die Rede ist von Mini-Schulter-Kameras, sogenannten Body-Cams. Ihr Einsatz könne dazu führen, dass Polizistinnen und Polizisten zukünftig nicht mehr so häufig beschimpft und angegriffen würden, meint die CDU in einem [Antrag](#). Die SPD-Fraktion pflichtete ihr in der Plenardebatte zu dem Kameraeinsatz bei, verlangte aber weitergehende Untersuchungen und erhielt dafür Zustimmung von der PIRATEN-Fraktion. GRÜNE und FDP zeigten sich zurückhaltend und verwiesen auf Grundrechte sowie schwierige Abwägungsprozesse.

Die Aggressivität und Gewaltbereitschaft gegenüber der Polizei habe erheblich zugenommen. Dies bereite seiner Fraktion große Sorge, so [Theo Kruse](#) (CDU). Statistisch werde in NRW alle 50 Minuten eine Polizistin oder ein Polizist Opfer eines Angriffs. Mini-Schulter-Kameras, sogenannte Body-Cams, könnten die Ordnungshüter schützen. Angreifer sollen abgeschreckt oder, falls dies nicht gelinge, beweissicher überführt werden. Dabei seien die Kameras aber nicht ständig, sondern nur bei konkreten Anlässen einzusetzen, befand Kruse. Erste Erfahrungen in Hessen wertete der Abgeordnete als positiv.

Dem Antrag könne er einiges abgewinnen, meinte [Thomas Stotko](#) (SPD). Zu Recht erwarteten die Polizistinnen und Polizisten eine Antwort auf die gegen sie gerichtete Gewalt. Eine Mini-Schulter-Kamera könne hier helfen. Dabei gehe es ja auch um Eigen- und Beweissicherung sowie um Transparenz. Allerdings frage er sich, wie man verhindern könne, dass der Eindruck einer generell überwachenden Staatsmacht entstehe, verwies Stotko auf die aktuellen Debatten rund um den Datenschutz. Daher müsse man den Vorschlag – unter Einbeziehung der bishe-

rigen Erfahrungen in Hessen – ordnungsgemäß auswerten.

Für den Einsatz der Kameras gebe es in Nordrhein-Westfalen keine Grundlage im Polizeirecht sowie in der Kultur, mit der hier Polizeiarbeit gemacht werde, meinte hingegen [Matthi Bolte](#) (GRÜNE). Die nordrhein-westfälische Polizei trete den Bürgerinnen und Bürgern in einer Kultur des Vertrauens gegenüber. Dies dürfe man nicht leichtfertig aufs Spiel setzen. Außerdem passierten viele Übergriffe auf Polizeikräfte spontan, ohne darüber nachzudenken, ob man gefilmt werde oder nicht. Und schließlich müsse man sich fragen, ob die mit Body-Cams verbundenen Grundrechtseingriffe gerechtfertigt seien.

FELDVERSUCH AUSWERTEN

„Kameras überall – das ist das Credo der CDU“, kritisierte [Dr. Robert Orth](#) (FDP). Ob am Bahnhof, im Taxi, im Hauseingang: Er wolle nicht in einem Land leben, in dem man auf Schritt und Tritt gefilmt werde. Zwar gebe es immer wieder gute Gründe, die für eine solche Technik sprä-

chen, gestand Orth ein. Aber wo sei der Anfang, wo das Ende? Was sei mit Krankenwagenfahrern, Sicherheitskräften im Stadion, Parkwächtern? Er glaube nicht an Wundermittel à la Videokamera, unterstrich der FDP-Sprecher. Sein Vorschlag: Man solle den Versuch in Hessen noch zwei, drei Jahre beobachten und dann neu erörtern.

Wenn Body-Cams tatsächlich helfen könnten, die Gewalt einzudämmen, solle man dies zunächst einmal positiv zur Kenntnis nehmen, befand dagegen [Dirk Schatz](#) (PIRATEN). Allerdings gebe es bislang nur erste Ergebnisse eines Feldversuchs in Hessen. Hier müsse man das Ende abwarten und den Einsatz dann komplett auswerten, meinte Schatz. Ein eigener Feldversuch in Nordrhein-Westfalen sei nicht nötig. Jedenfalls wandte er sich dagegen, auf bloßen Verdacht hin neue Befugnisse zu erteilen. Die Aufnahmen könnten übrigens auch dazu genutzt werden, Fehlverhalten der Polizei zu belegen, meinte Schatz.

„Ich glaube, dass Ihr Antrag viel Positives enthält und ihm wenig Negatives abzugewinnen ist“, lobte [Innenminister Ralf Jäger](#) (SPD). Die Beamtinnen und Beamten müssten auf der Straße zunehmend Beschimpfungen und Gewalt erdulden. Dem müsse man Einhalt gebieten. Notwendig seien klare Zeichen von Landesregierung und Landesparlament, forderte Jäger. Was die Body-Cams betreffe, müsse man jedoch die weiteren Erfahrungen mit dem Feldversuch in Hessen abwarten und am Ende auch abwägen, wie sich diese neue Technik auf das Vertrauen auswirke, das sich die Bürgerpolizei in NRW erarbeitet habe.

CW

Weiterberatung

Der Antrag der CDU ([Drs. 16/5923](#)) wurde zur weiteren Beratung einstimmig an den Innenausschuss überwiesen.

Neu gewählt ...

... und vereidigt hat der Landtag den Rechtswissenschaftler Prof. Dr. Klaus F. Gärditz als neues stellvertretendes Wahlmitglied des NRW-Verfassungsgerichtshof. Von den anwesenden Abgeordneten stimmten 199 mit Ja und fünf mit Nein, 16 Abgeordnete enthielten sich. „Bei einer solchen Vereidigung ist es immer relativ schwierig zu sagen, dass wir uns eine gemeinsame gute Zusammenarbeit wünschen“, bemerkte Landtagspräsidentin Carina Gödecke mit einem Augenzwinkern. Denn eigentlich wünsche sich der Landtag, dass er den Verfassungsgerichtshof nicht allzu häufig anrufen müsse. „Trotzdem alles Gute und viel Glück in Ihrem neuen Amt“, so die Landtagspräsidentin.



Foto: Schälte



Für alle inhaltlichen Veränderungen gebe es in der frühkindlichen Bildung große Übereinstimmung, freute sich [Wolfgang Jörg](#) (SPD). Die inhaltliche Kurskorrektur hin zu mehr Chancengleichheit werde breit begrüßt. In der Folge werde es in den Einrichtungen mehr Personal

Fotos: Schälte



Bernhard Tenhumberg (CDU)



Andrea Asch (GRÜNE)



Marcel Hafke (FDP)



Olaf Wegner (PIRATEN)

und mehr Qualität geben. Aus gesellschaftlichen und fachlichen Kreisen habe man Änderungswünsche aufgenommen: Elternmitwirkung werde stärker gefördert, Kinderrechte seien ausdrücklich gesetzlich verankert worden, Wald-Kita-Personal werde finanziell besser abgesichert, Kinder mit Behinderungen in der Kindertagespflege finanziell mit denen in Kitas gleichbehandelt. Jeder Euro sei gut investiertes Geld, unterstrich der Abgeordnete.

[Bernhard Tenhumberg](#) (CDU) fand, Rot-Grün habe von den Rückmeldungen nur „bitter wenig“ aufgenommen. Die Revision sei kein großer Wurf, sondern nur ein Minimalschritt, dazu mit falscher Prioritätensetzung. Und er sei nicht geeignet, die Situation in den Einrichtungen oder die Chancengleichheit zu verbessern, zitierte er einen Sachverständigen aus der Expertenanhörung. Zudem werde der individuelle Anspruch des Kindes auf Sonderförderung abgeschafft, kritisierte Tenhumberg. Durch die Neuverteilung des Geldes gingen 80 Prozent der Einrichtungen, vor allem im ländlichen Raum, leer aus. Insgesamt bleibe das Hauptproblem: Nach wie vor sei die Finanzierung über die Kindpauschale nicht auskömmlich.

Als übertriebene Fundamentalkritik empfand [Andrea Asch](#) (GRÜNE) die Rede des CDU-Sprechers. Die CDU selbst betreibe schließlich nur Wunsch-dir-Was-Politik, schlage aber keine konkreten Verbesserungsmaßnahmen vor und bleibe auch Finanzierungsvorschläge schuldig. Asch sah im Gesetzentwurf den Weg zu mehr Gerechtigkeit, gerade für benachteiligte Kinder, was auch helfen werde, Kinderarmut abzubauen. Es gebe die einhellige Rückmeldung, auf dem richtigen Weg zu sein, und so sei die zweite Revision ein weiterer Schritt, wenn auch noch nicht der letzte. Für weitergehende Schritte, etwa was das grundsätzliche Finanzierungssystem betreffe, brauche das Land die Unterstützung des Bundes und der Kommunen.

Mit ihrem Anspruch, kein Kind zurückzulassen, sei Rot-Grün gescheitert, meinte [Marcel Hafke](#) (FDP). Er forderte, das KiBiz grund-

Großer Wurf oder Minimalschritt?

Zweite KiBiz-Revision verabschiedet

4. Juni 2014 – Ab dem Sommer 100 Millionen Euro mehr für Personal und für Kitas in sozial schwierigen Lagen sowie eine im Alltag verankerte Sprachförderung – das sind die wesentlichen Änderungen, die die Landesregierung mit der zweiten Revision des Kinderbildungsgesetzes (KiBiz) vornehmen wird. Der Landtag hat den Gesetzentwurf heute mehrheitlich beschlossen – allerdings nicht ohne Gegenwind.

Am Redepult
Wolfgang Jörg (SPD),
auf der Regierungsbank
Ute Schäfer (SPD)

gend zu evaluieren, vor allem bezüglich des Finanzierungssystems, um dann zu Lösungen zu kommen. So aber würden weder gestiegene Personalkosten kompensiert, noch Erzieherinnen und Erzieher entlastet, sondern mit zusätzlichen Dokumentationspflichten belastet. Obwohl das bisherige Sprachfördersystem angeblich so schlecht sei, lasse Rot-Grün es für zehn Prozent der Kinder – nämlich die in der Tagespflege – bestehen. Dass Tagesmütter keine Zuzahlungen von Eltern mehr annehmen dürften, komme einem Berufsverbot gleich, weil der kommunale Satz oftmals nicht ausreiche.

KRITIK AN KINDPAUSCHALE

Die Landesregierung habe versprochen, dass die frühkindliche Bildung in den Kitas besser werde, erinnerte sich [Olaf Wegner](#) (PIRATEN). Dieses Versprechen könnten die Kitas aber nicht halten, solange die Kindpauschale nicht – und zwar auf einen Satz von jährlich 3 Prozent – erhöht werde. Schon heute fehle die Zeit und nun kämen auch noch weitere Aufgaben hinzu. Es sei zwar richtig, den Bildungsanspruch zu erhöhen. Aber Bildung koste nun einmal Geld. „Keine Bildung ist viel zu teuer“, postulierte er. Solange

es bei der jetzigen Kindpauschale bleibe, müsse die Qualität in den Kitas aber zwangsläufig stagnieren oder sinken. Davor warnte er: „Nicht nur keine, auch billige Bildung ist viel zu teuer.“

Die Landesregierung habe die frühe Bildung zu einem Schwerpunkt ihrer Politik gemacht, erklärte [Familienministerin Ute Schäfer](#) (SPD): Seit dem Jahr 2010 habe Rot-Grün den Etat für die frühkindliche Bildung auf mehr als 2 Milliarden Euro fast verdoppelt. Die Revision bringe nun eine Stärkung des Bildungsauftrags, mehr Bildungsgerechtigkeit, eine Entlastung der Personalsituation, mehr Planungssicherheit und mehr Bedarfsgerechtigkeit. Schäfer erklärte, es sei rechtswidrig, von den Eltern einen Zuschuss zur Tagespflege zu verlangen. Stattdessen müssten die Kommunen ihren derzeit höchst unterschiedlich bemessenen Anteil übernehmen. 5,50 Euro seien dabei auskömmlich pro Tagesmutter-Stunde. sow

Beschlossen

Mit rot-grüner Mehrheit hat der Landtag den [Gesetzentwurf](#) inklusive Nachbesserungen entsprechend der [Beschlussempfehlung des Fachausschusses](#) angenommen. Änderungs-, Entschließungs- und weitere Anträge der Opposition fanden keine Mehrheiten.



Das Wasser schützen ...

... auch vor Fracking in den Niederlanden – Breiter Konsens im Landtag

4. Juni 2014 – Fracking bedeutet „Aufbrechen“. Mit dieser Methode will man im Untergrund Risse erzeugen, um leichter an das dort lagernde Gas zu gelangen. Welche Chemikalien dazu genau eingesetzt werden, ist öffentlich nicht bekannt. Befürchtet wird jedoch, dass diese auch ins Grundwasser gelangen könnten. Dies vor Augen, lehnen alle im Landtag alle Fraktionen beim bisherigen Stand der Technik das Fracking ab. Nicht nur in NRW, sondern grundsätzlich. Auch mit Blick auf geplante Vorhaben in den Niederlanden. Ein entsprechender Antrag wurde von SPD, CDU, GRÜNEN und FDP unterstützt. Den PIRATEN ging er nicht weit genug.



Foto: Schälte

„Trinkwasser ist und bleibt unser Lebensmittel Nummer eins“, betonte [Reiner Schmeltzer](#) (SPD). Daher trete man im Landtag einheitlich für dessen Schutz ein und lehne das Fracking ab. Denn die derzeitigen Methoden könnten zu vergiftetem Grundwasser führen. „Deswegen gibt es hier auch keine Genehmigungen“, so der Abgeordnete. Grundwasser mache an Ländergrenzen nicht halt. Daher fordere der vorliegende Antrag die Landesregierung auf, zum Schutz des Grund- und Trinkwassers den direkten Austausch mit der niederländischen Regierung zu suchen. Jedenfalls müsse man jede erdenkliche Möglichkeit nutzen, die dort geplanten Vorhaben zum Fracking zu verhindern.

Man habe in Nordrhein-Westfalen ein gemeinsames Interesse, dass die Niederländer ihre Pläne mit Rücksicht auf die Nachbarschaft

noch einmal ernsthaft durchdächten, schloss sich [Josef Hovenjürgen](#) (CDU) seinem Vorredner an. Bewohnerinnen und Bewohner der Grenzregion sollten auch von NRW aus alle Einspruchsmöglichkeiten, ggf. auch per Internet, nutzen. Chemie, insbesondere wassergefährdende Chemie, habe im Boden nichts verloren. Diese Position müsse man auch gegenüber Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel deutlich machen, appellierte Hovenjürgen an die SPD. Gegen nordrhein-westfälische Interessen dürften in Berlin keine Entscheidungen gefällt werden.

Als beunruhigend bewertete [Wibke Brems](#) (GRÜNE) die Überlegungen der niederländischen Regierung, die für das Wasser „hochriskante“ Fracking-Methode anzuwenden. Da

niemand sagen könne, welche Wege das Wasser unterirdisch wirklich zurücklege, reiche es nicht, ein Verbot nur in Wasserschutzgebieten auszusprechen, wie es die Pläne auf Bundesebene vorsähen. „Die Bundesregierung muss gesetzlich festschreiben, dass Fracking nicht verantwortlich ist“, verwies Brems auf den vorliegenden Antrag. Nordrhein-Westfalen müsse bei der Umweltprüfung eine Stellungnahme abgeben und sich, auch gegenüber den niederländischen Nachbarn, gegen den Einsatz von Fracking wenden.

„Wir sind nicht bereit – unter gar keinen Umständen –, ein Risiko für unser Trinkwasser durch giftige Chemikalien einzugehen“, sprach sich auch [Ralph Bombis](#) (FDP) für ein starkes Zeichen des Landtags aus. Man müsse das eindeutige Signal senden, dass Gesundheitsgefährdung nicht toleriert werde. Was die Gespräche mit den Niederlanden angehe, sei er zuversichtlich, so Bombis. Außerdem würden angesichts der dortigen Kriterien für die Umweltverträglichkeitsprüfung die Belange der Umwelt in ausreichender Weise berücksichtigt. Notwendig seien aber auch eine umfassende Aufklärung der Menschen und die Schaffung einer ausreichenden Datenbasis über das Fracking.

AUFsuchungserlaubnisse

„Heuchlerisch“ und „unzureichend“ sei der Eilantrag der vier anderen Landtagsfraktionen, befand dagegen [Hanns-Jörg Rohwedder](#) (PIRATEN). So werde darin nur über das Fracking mit giftigen, nicht aber mit angeblich wasserunkritischen Chemikalien gesprochen. Außerdem werde auch in Niedersachsen unter rot-grüner Regierung „munter drauflos gefrackt“. Und schließlich würden in NRW die unter der damaligen CDU/FDP-Regierung insgeheim ausgegebenen Aufsuchungserlaubnisse stiekum verlängert. Es sei notwendig, Stellungnahmen in Richtung der Niederlande abzugeben. Diese sollten sich aber vor allem an Vorlagen von Umweltschutzverbänden orientieren, so Rohwedder.

„Das, was Sie als Trennendes gerade in den Raum geworfen haben, ist Fiktion“, widersprach [Umweltminister Johannes Rimmel](#) (GRÜNE) seinem Vorredner: „Da trennt uns nichts.“ Der vorliegende Antrag sei jedenfalls ein starkes Signal von vier Fraktionen, dass die Landesregierung die Position Nordrhein-Westfalens zum Ausdruck bringen müsse. Wasser und Böden hätten ein langes Gedächtnis. Gerade am Niederrhein habe man einen Wasserschutz. In Europa gebe es kein vergleichbares Reservoir. Von daher müsse man – auch vom Bund – beim Fracking eine Umweltverträglichkeitsprüfung, die Klärung offener Fragen sowie das Verbot des Einsatzes giftiger Chemikalien einfordern. *cw*



Mehr Erneuerbare, mehr Wettbewerb, mehr Arbeitsplätze?

Landtag diskutiert über bundesweite EEG-Reform

4. Juli 2014 – Nordrhein-Westfalen ist das Energieland Nummer eins in Deutschland. Werden die Rahmenbedingungen der Energieerzeugung geändert, ist das Bundesland daher in besonderem Maße betroffen. Vor diesem Hintergrund diskutierte der Landtag in einer von der FDP beantragten Aktuellen Stunde (Drs. 16/6191) über die vor einer Woche im Bundestag beschlossene Reform des Erneuerbare-Energien Gesetzes (EEG). FDP, GRÜNE und PIRATEN kritisierten diese aus unterschiedlichen Perspektiven; CDU und SPD, die im Bund gemeinsam regieren, verteidigten das neue Gesetz. Ein zentraler Punkt: Wer muss wieviel an EEG-Umlage zahlen?

Die Korrektur des EEG sei überfällig gewesen, meinte [Dietmar Brockes](#) (FDP). Bereits seit Jahren von der FDP angemahnt, habe sich diese Erkenntnis bei den anderen Parteien erst im vergangenen Bundestagswahlkampf durchgesetzt. Zu kritisieren sei allerdings, dass es beim „Subventionsmonster“ geblieben sei, bei dem 24 Milliarden Euro von unten nach oben verteilt würden. Mittlerweile seien 52 Prozent des Strompreises durch den Staat zu verantworten. Dabei blicke die Wirtschaft insbesondere aufgrund der neuen Regelungen zum Eigenstrom „in den Abgrund“, so Brockes. Die Landesregierung schaue trotz anderslautender Erklärungen und Beschlüsse der drohenden Deindustrialisierung tatenlos zu.

Die FDP sei doch in den Jahren 2009 bis 2013 Teil der Bundesregierung gewesen, erinnerte [Rainer Schmeltzer](#) (SPD). Und in dieser Zeit sei die EEG-Umlage von 1 auf 5 Cent gestiegen. Die jetzige Reform sei unter anderem deshalb notwendig geworden, da die EU-Kommission das EEG an seiner empfindlichsten Stelle, der Ausgleichsregelung für energieintensive Unternehmen, angegriffen habe. Aufgrund der besonderen Bedeutung für NRW freue er sich, dass hier nicht zuletzt durch den Einsatz der Landesregierung ein rechtssicherer Kompromiss gefunden wurde. Zudem habe man den Brüsseler Vorstoß abwehren können, die bestehenden Anlagen ab dem Jahr 2017 automatisch mit Neuanlagen gleichzusetzen.

Die Energiewende sei ein Projekt für mehrere Generationen, betonte [Thomas Kufen](#)

(CDU). Durch die aktuelle Reform habe man das Kostenbewusstsein gestärkt, die Unwucht als politisches Problem erkannt und das System auf mehr Wettbewerb ausgerichtet. Dabei sei für NRW erreicht worden, dass die besonderen Ausgleichsregelungen grundsätzlich beibehalten werden könnten. Offen geblieben sei die Frage, wie konventionelle Kraftwerke in Zukunft wirtschaftlich betrieben werden könnten. Gelöst werden müsse auch das Problem der Subventionsspirale sowie die noch offenen Regelungen zur Nutzung des Eigenstroms. Hier brauchten vor allem die Stahl- und Chemieunternehmen in NRW Planungssicherheit.

INVESTITIONSSICHERHEIT

Das Eiltempo, mit dem das Reformgesetz am Ende durch den Bundestag gebracht worden sei, war einer der Kritikpunkte von [Wibke Brems](#) (GRÜNE) in der Debatte. Vor allem aber wandte sie sich dagegen, dass sich die FDP-Forderung nach Investitionssicherheit ausschließlich auf die konventionelle Energiewirtschaft beziehe. Dem stünden 26.000 Arbeitsplätze im Bereich der erneuerbaren Energien gegenüber. Deren Deckelung sichere Kohlekraftwerke und helfe damit eben nicht dem Klima, beanstandete Brems die getroffene Neuregelung. Faktisch hebele diese den Einspeisevorrang für erneuerbare Energien aus, wenn aufgrund der nicht

regelbaren Großkraftwerke ein Überangebot an Strom herrsche.

Dieser Deckel bedeute das Risiko sinkender Renditen für Windenergie und erschwere damit deren Finanzierung, meinte auch [Kai Schmalenbach](#) (PIRATEN). Dies stelle insbesondere für kleine Unternehmen ein Problem dar. Nach seiner Ansicht hätten es kleine- und mittelgroße Stromanbieter zukünftig schwerer, an den Markt zu gehen. Insofern versuche die aktuelle Reform, die bestehenden Oligopole zu erhalten. Da aber die Arbeitsplätze in diesen Strukturen auf lange Sicht doch wegfallen würden, sei es sinnvoller, sich schon heute auf die Zukunftsbranchen der erneuerbaren Energien zu konzentrieren und den Ausstieg aus der konventionellen Energieversorgung konstruktiv zu begleiten.

„Sie hätten etwas verändern können“, erinnerte auch Umweltminister [Johannes Rimmel](#) (GRÜNE) die FDP an deren Zeit in der Bundesregierung. Mit Blick auf die Ausgleichsregelung oder die bestehenden Anlagen sei sie bewusst untätig gewesen. Die rot-grüne Landesregierung habe dafür gesorgt, dass die jetzige Reform den Ausbau der erneuerbaren Energien nicht ausbremse und dass gleichzeitig die Ausgleichsregelung für stromintensive Betriebe gesichert werde, betonte Rimmel ebenso wie [Wirtschaftsminister Garrelt Duin](#) (SPD). Beide erklärten, auch wenn man sich beim Eigenstrom anderes gewünscht habe, werde man die Gesamtreform nicht daran scheitern lassen und damit Arbeitsplätze gefährden.

cw



Solardächer, vereinigt Euch!

Landtag will virtuelles Kraftwerk für NRW

5. Juni 2014 – Wenn Energie auf Dauer sauberer werden soll, sind künftig Sonne, Wind und Co. mehr gefragt als Kohle. Weil aber Sonne und Wind nicht so zuverlässig und regelmäßig Energie liefern wie konventionelle Kraftwerke, sind letztere als Lieferant für eine konstante Versorgung bisher unverzichtbar. Zu dieser sogenannten Grundlast kommen erneuerbare Energien hinzu. Sie stammen von einzelnen, dezentralen Stromlieferanten, aus Kraftwerken, vom Dach der Nachbarin oder der Biogasanlage des Bauern. Wenn es gelänge, all diese Stromlieferungen zusammenzuschalten, könnten sie als Ganzes eine gesicherte Energiemenge zur Verfügung stellen. Dieser Gedanke verbirgt sich hinter dem Stichwort „Virtuelles Kraftwerk“, das mithilfe von Computertechnik zentral gesteuert werden und so langfristig konventionelle Großkraftwerke ersetzen könnte. SPD und GRÜNE wollen ein solches virtuelles Kraftwerk (Antrag), das die Große Koalition in Berlin als Pilotvorhaben prinzipiell anstrebt, nach NRW holen. Alle anderen Fraktionen unterstützen das Vorhaben.

Nordrhein-Westfalen müsse sich als Energieland Nummer eins nicht nur besonders engagieren, warb [Rainer Schmeltzer](#) (SPD) für den Antrag, sondern könnte auch von dem Vorhaben profitieren: „Ein virtuelles Kraftwerk, das die unterschiedlichen vorhandenen Energieträger nutzt, zusätzliche Wertschöpfung ermöglicht, zum Beispiel im Bereich der Informationstechnologie oder bei Investitionen in Verteilnetze, sowie Strom- und Wärmeerzeugung verbindet, wäre von besonderer Bedeutung für die energie- und industriepolitische Innovationskraft Nordrhein-Westfalens.“

Auch [Wibke Brems](#) (GRÜNE) sah für das Projekt gute Voraussetzungen in NRW, wo Industrie wie auch Menschen in den Ballungszentren entsprechend viel Strom verbrauchten: „Ich bin davon überzeugt, mit diesem Pilotprojekt können wir praktisch und zusammen mit der Industrie und mit allen, die in Nordrhein-Westfalen innovativ unterwegs sind, zeigen, dass wir das, was wir eigentlich schon lange wis-

sen, auch wirklich hinbekommen und dass das auch wirklich klappt mit einer Vollversorgung mit erneuerbaren Energien und gleichzeitig mit Versorgungssicherheit.“

„Ein wärmendes Feuer aus Berlin für die Energiepolitik in Nordrhein-Westfalen!“, freute sich [Thomas Kufen](#) (CDU). Es gehe darum, gemeinsam mehr zu erreichen, erklärte er das Prinzip des virtuellen Kraftwerks. So könnten dann auch die erneuerbaren Energien Systemverantwortung mit übernehmen. Hürden sah Kufen noch in der aufwändigen Informations- und Datenverarbeitung. Das betreffe auch Sicherheitsfragen wie Cyberkriminalität. Insgesamt vermisste der Abgeordnete im Zusammenhang mit der Energiewende entsprechende forschungspolitische Weichenstellungen in Nordrhein-Westfalen.

Die Idee sei nicht neu, meinte [Dietmar Brockes](#) (FDP). Im Bundeswirtschaftsministerium sei das Anliegen bereits seit Jahren unterstützt und vorangebracht worden. „Wohin würde

dieses Pilotprojekt der Bundesregierung besser hinpassen als nach Nordrhein-Westfalen, dem Energieland Nummer eins?“, fragte der Abgeordnete. An die Zustimmung seiner Fraktion, das Projekt nach NRW zu holen, knüpfte Brockes aber auch die Erwartungen an die Landesregierung, „bitte nicht so dilettantisch vorzugehen“ wie bei der „Schlappe beim Landeswettbewerb Elektromobilität“.

GRUNDSTEIN FÜR ZENTRALE ENERGIEWENDE

„Ohne jeden Zweifel ist das Anliegen des Antrags richtig, wichtig und unterstützenswert“, betonte [Kai Schmalenbach](#) (PIRATEN). Darin liege der Grundstein für eine zentrale Energiewende. Es sei aber auch zu klären, welche Daten erfasst würden, denn bei einem virtuellen Kraftwerk sei es notwendig, zu jeder Zeit zu wissen, welcher Verbrauch im Netz vorherrsche und welche Reserven das Kraftwerk noch habe. Virtuelle Kraftwerke bräuchten vermutlich kaum große Stromautobahnen, denn die Leistung käme aus der Nachbarschaft, warnte Schmalenbach vor falschen Investitionen.

[Klimaschutzminister Johannes Remmel](#) (GRÜNE) freute sich über die breite parlamentarische Unterstützung als Rückenwind für Verhandlungen mit dem Bund. Als gute Voraussetzungen nannte er die in Europa einzigartig dichte Forschungs- und Entwicklungslandschaft. Politik, Wissenschaft und Energiewirtschaft arbeiteten nun an einem „gescheiterten und ordentlichen Vorschlag“ für ein virtuelles Kraftwerk, das bisher zwar am Computer simuliert, aber in der Praxis noch nicht realisiert worden sei – „eine gewaltige Aufgabe“, meinte Remmel, „aber eine richtige.“ sow

Der Landtag hat den Antrag ([Drs. 16/5967](#)) einstimmig angenommen.



Fernöstlichen Besuch ...

... hat Landtagspräsidentin Carina Gödecke im Juni zusammen mit ihrem Stellvertreter und Vorsitzenden der Parlamentariergruppe NRW-China, Dr. Gerhard Papke, empfangen. Eine Delegation aus der chinesischen Provinz Sichuan mit dem Parteisekretär Wang Dongming (Foto, Mitte) an der Spitze war ins NRW-Parlament gekommen. Nach dem Eintrag ins Gästebuch des Landtags nahmen die Gäste auf der Besuchertribüne auch an einer Plenardebatte teil. NRW pflegt seit über 20 Jahren Partnerschaften zu den drei chinesischen Provinzen Sichuan, Shanxi und Jiangsu. China ist nach den Niederlanden der zweitwichtigste Handelspartner des größten deutschen Flächenlandes.



Foto: Mark-E AG

Wertvolle Speicher fürs Klima

Land soll beim Bau von Speicherkraftwerken haften

5. Juni 2014 – Abgesehen von der schlechten Klimabilanz haben Kohle- und Gaskraftwerke einen großen Vorteil: Sie können jederzeit Strom produzieren. Wer hingegen vermehrt auf erneuerbare Energien setzt, muss im Prinzip so lange warten, bis der Wind weht und die Sonne scheint – oder er baut Anlagen, die Energie für windstille und lichtarme Zeiten speichern. Zum Beispiel Pumpspeicherkraftwerke. Die Fraktionen von SPD und GRÜNEN fordern in einem Antrag mehr solcher Anlagen für NRW. Um Unternehmen die Angst vor Investitionen zu nehmen, müsse das Land – wie von der Regierung vorgesehen – die finanziellen Risiken gescheiterter Vorplanungen absichern.

„Wir wollen, dass in Nordrhein-Westfalen Rahmenbedingungen bestehen, unter denen man in Pumpspeicherkraftwerke investieren kann und will“, betonte [Thomas Eiskirch](#) (SPD). Doch so, wie sich der Strommarkt derzeit gestaltet, scheuten sich viele Unternehmen, mögliche Standorte für viel Geld zu erkunden. Falls eine Voruntersuchung negativ ausfalle, werde das Land daher die Kosten maßgeblich übernehmen, erläuterte der Abgeordnete. Dies sei bundesweit einmalig. Bei allen weiteren Schritten liege das Risiko dann wieder bei den Konzernen. Zudem forderte Eiskirch den Bund auf, seinerseits Investitionssicherheit zu schaffen.

[Wibke Brems](#) unterstrich für die GRÜNEN-Fraktion: „Wir brauchen Pumpspeicher neben Lastmanagement, neben einem Netzausbau und anderen Speichertechnologien als technische Ergänzung der erneuerbaren Energien.“ Am Rursee sei ein solches Projekt unter anderem mangels Unterstützung der CDU vor Ort gescheitert, kritisierte die Abgeordnete. Zukünftig komme es zum einen darauf an, dass die Unternehmen sicher planen könnten. Zum anderen müsse aber auch bei den Marktbedingungen etwas passieren, damit die Anlagen wieder rentabel laufen könnten. Brems forderte die Bundesregierung auf, an dieser Stelle endlich aktiv zu werden.

Auch die SPD in Düren sei gegen das Rursee-Kraftwerk gewesen, betonte [Hubertus Fehring](#) (CDU). Es führten eben nicht alle Gespräche vor Ort zum Erfolg. „Umso mehr sollten wir endlich diejenigen unterstützen, die solchen In-

frastrukturprojekten positiv gegenüberstehen“, appellierte er. Wegen der bislang fehlenden Strommarktdesign-Debatte und der daraus resultierenden Unsicherheit für Unternehmen sei es gerechtfertigt, das Risiko – wie vorgeschlagen – abzusichern. Allerdings forderte Fehring, beim Bau von Pumpspeichern vom üblichen Flächenausgleich abzusehen und die Eingriffe mit Ersatzzahlungen abzugelten.

ENERGIEWENDE VOR ORT

„Wenn man den Prozess richtig angeht, kann die Energiewende vor Ort auch gelingen und erfolgreich sein“, lobte [Kai Abruzat](#) (FDP) den Bürgerdialog bei den Plänen für ein Speicherkraftwerk im Kreis Höxter. Die Pumpspeichertechnologie müsse langfristig so ausgestattet sein, dass sie ein tragfähiges Geschäftsmodell werde. Rot-Grün habe hier bislang aber wenig Konkretes getan, eine Gesamtstrategie fehle. Das „reine Bereitstellen eines Blankoschecks von 50 Millionen Euro“ als Risikostütze reiche nicht aus, kritisierte Abruzat. Er forderte unter anderem ein Speicherpotenzialkataster, das mögliche Kraftwerksflächen ausweise.

In der Tat steckten konventionelle Kraftwerke in der Krise – und mit ihnen die Pumpspeicherkraftwerke, befand [Kai Schmalenbach](#) (PIRATEN). Da letztere für die Energiewende essenziell seien, müssten sie an geeigneten Standorten wirtschaftlich zu betreiben sein. Zudem könne es sinnvoll sein, Unternehmen bei

gescheiterten Planungen zu unterstützen, meinte Schmalenbach. Im Gegenzug müssten diese dann aber auch die Menschen vor Ort in ihr Vorhaben einbeziehen. Kritisch merkte er an, dass der rot-grüne Antrag zu sehr auf Pumpspeicher fokussiere: „Wir werden für die Energiewende nahezu jeden Speicher benötigen, den wir bekommen können.“

„Wir haben im Haushalt die Option zur Planungssicherung verankert“, unterstrich [Umweltminister Johannes Remmel](#) (GRÜNE). Auch er betonte die Bedeutung von Pumpspeichern, machte aber ebenso klar, dass es NRW nicht an Speicheroptionen mangle: Vier Unternehmen planten derzeit Projekte. Die Regierung habe zudem eine Potenzialanalyse beauftragt, deren Ergebnisse laut Remmel möglichst noch in diesem Jahr vorliegen sollen. In Richtung Berlin sagte der Minister einschränkend: „Aber es nützt nichts, Flächen zur Verfügung zu stellen oder räumliche Optionen zu eröffnen, ohne gleichzeitig die Marktbedingungen geklärt zu haben.“

bra

Ergebnis der Abstimmung

Der Landtag hat den Antrag von SPD und GRÜNEN ([Drs. 16/5969](#)) gegen die Stimmen von CDU und FDP sowie des fraktionslosen Abgeordneten Robert Stein angenommen. Ein Entschließungsantrag ([Drs. 16/6039](#)), den die CDU-Fraktion zu diesem Tagesordnungspunkt vorgelegt hatte, wurde mit den Stimmen von SPD, GRÜNEN und der PIRATEN-Fraktion abgelehnt.



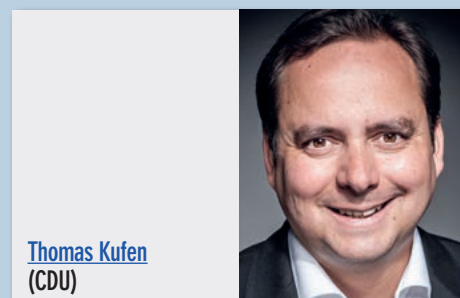
„Landtag Intern“ macht den Aufschlag, die Abgeordneten retournieren.

Schlag auf Schlag

Auf diesen Seiten beziehen die Fraktionen zum Schwerpunktthema Stellung.



Rainer Schmeltzer
(SPD)



Thomas Kufen
(CDU)

NRW will den Ausstoß der Treibhausgase bis zum Jahr 2020 um 25 Prozent gegenüber dem Jahr 1990 einsparen. Um dies zu erreichen, ...

... ist aktives Handeln auf allen Ebenen gefordert. Jeder Einzelne, die Gemeinde, eine Region und auch das Land NRW müssen jeweils ihren spezifischen Beitrag leisten. Derzeit werden unter breiter öffentlicher Beteiligung die Maßnahmen für einen Klimaschutzplan NRW erarbeitet.

... brauchen wir keine Insellösungen wie den Klimaschutzplan, sondern einen wirksamen Emissionshandel auf europäischer Ebene sowie ein ambitioniertes, weltweites Klimaschutzabkommen. Auch muss der Fokus stärker auf dem Thema Energieeffizienz liegen.

Wer Bus und Bahn anstelle des eigenen Autos nutzt, produziert unterm Strich weniger Treibhausgase. Andererseits ist der Erhalt bzw. Ausbau dieses Angebots gerade in einem Flächenland nicht billig. Der öffentliche Personennahverkehr ...

... in NRW steht und fällt mit der finanziellen Unterstützung des Bundes. Sie beträgt derzeit rund 90 Prozent. NRW braucht eine nachhaltige und bedarfsgerechte Ausfinanzierung seiner Verkehrsinfrastruktur, die der Größe und Bedeutung gemessen an anderen Bundesländern entspricht.

... gehört zu einem gesunden Mix aus unterschiedlichen Verkehrsmitteln, der den spezifischen Bedürfnissen der Nutzer gerecht wird. Nötiger denn je braucht Nordrhein-Westfalen eine funktionsfähige Infrastruktur. Dazu müssen die vom Bund bereitgestellten Mittel auch verbaut werden, statt sie verfallen zu lassen.

Im Sinne einer umweltfreundlichen Verkehrspolitik sollte man Elektromobilität ...

... entlang der Wertschöpfungskette und den infrastrukturellen Erfordernissen unterstützen. Dabei geht es nicht nur um Forschung zum Beispiel für Batterien, elektrische Speicherung, Fahrzeuge und Antriebe, sondern auch um wirtschaftliche sowie stadtplanerische Vorgaben wie Ladestationen und Parkplätze.

... besser nutzen. Sie bietet die Chance, die Abhängigkeit vom Erdöl und umweltschädliche Emissionen zu reduzieren. Die CDU-Fraktion hat deshalb bereits vor geraumer Zeit eine Initiative gestartet, um Elektromobilität für eine nachhaltige Energie- und Klimaschutzpolitik eine höhere Bedeutung zukommen zu lassen.

Die Idee, alle über das Land verstreuten Windräder, Biogasanlagen und Solarzellen für NRW zentral in einem virtuellen Kraftwerk zusammenzuführen, ist...

... wünschenswert, aber in einer allumfassenden Form derzeit unrealistisch. Sehr gut ist jedoch, gesicherte Energie dadurch zur Verfügung zu stellen, dass dezentral verschiedene Stromerzeugungsquellen in einem virtuellen Kraftwerk integriert und gesteuert werden. Deshalb wollen wir das im Bundes-Koalitionsvertrag angekündigte Pilotvorhaben in das dicht besiedelte NRW holen.

... ein sinnvolles Vorhaben der schwarz-roten Bundesregierung, weil so erneuerbare und volatile Energieerzeuger mehr Systemverantwortung übernehmen können. Allerdings müssen noch Herausforderungen bei der elektronischen Vernetzung und der Sicherheit gemeistert werden.

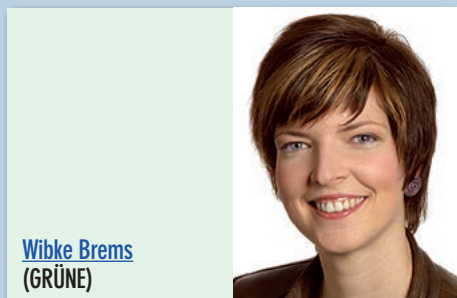
Um auch in wind- und sonnenarmen Zeiten Strom aus erneuerbaren Energiequellen nutzen zu können, wird unter anderem der Bau von Pumpspeicherkraftwerken diskutiert. Hier ist es aus meiner Sicht wichtig, ...

... Unternehmen, die Standorte gefunden haben und an der Umsetzung interessiert sind, darin zu bestärken, die aufwendigen und kostenintensiven Erkundungen auch vorzunehmen und in konkrete Vorplanungen einzutreten. Dafür hat das Land ein Programm zur Risikoabsicherung für die ersten Projektphasen initiiert.

... effiziente und bezahlbare Energiespeicher zu entwickeln, die eine verlässliche Integration der erneuerbaren Energien in das Energiesystem sicherstellen. Hierbei können Pumpspeicherkraftwerke einen wichtigen Beitrag leisten. Den einen universellen Energiespeicher für das Stromnetz wird es nicht geben.



Diesmal zum Thema Schadstoffe.



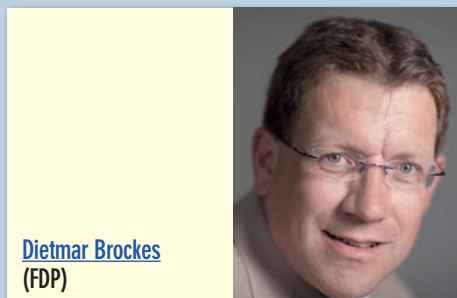
... haben wir im letzten Jahr das bundesweit erste Klimaschutzgesetz mit verbindlichen Klimaschutzzielen verabschiedet. Die Landesregierung erstellt derzeit unter Beteiligung vieler gesellschaftlicher Gruppen den Klimaschutzplan, die Road-Map, mit der die ambitionierten NRW-Ziele erreicht werden.

... ist ein wichtiger Baustein für den Klimaschutz und muss gut koordiniert werden, um attraktiver und kostengünstiger zu werden: Einfache Tarife, Fahrgastinformation, abgestimmte Takte, bedarfsgerechte Angebote und Vernetzungen mit anderen Verkehrsmitteln erhöhen die Effizienz und die Attraktivität.

... als ein vernetztes Konzept verstehen und mit erneuerbarem Strom antreiben. E-Bikes, Elektro-Roller, Hybridautos, Elektro-Transporter und Hybridbusse gehören genauso in eine umfassende Strategie für die Elektromobilität wie der weitere Ausbau der elektrifizierten Bahn mit Ökostrom.

... ein wichtiger Ansatz, mit dem die erneuerbaren Energien trotz fluktuierender Produktion eine sichere Stromversorgung gewährleisten. Deshalb hat der Landtag vor wenigen Wochen die Landesregierung beauftragt, sich für ein Pilotprojekt zur Erforschung virtueller Kraftwerke in NRW einzusetzen.

... sichere Investitionsbedingungen für Pumpspeicher zu bieten, wie es die Landesregierung mit einem Programm der NRW-Bank tut. Die Vollversorgung mit erneuerbarem Strom ist möglich. Dafür sind zunächst Lastmanagement sowie regionaler Netzausbau und nicht zuletzt verschiedene Speichertechnologien nötig.



... ist der europäische Emissionshandel das zentrale Instrument. Er erfasst die Hälfte der deutschen CO₂-Emissionen. Zudem sind weitere Anstrengungen erforderlich. Dabei darf NRW keine gefährlichen Alleingänge unternehmen, die dem Klima nichts nützen, aber Arbeitsplätze in NRW gefährden.

... muss attraktiver und dem wachsenden Bedarf entsprechend ausgeweitet werden. Dafür müssen die vom Bund zur Verfügung gestellten Gelder endlich sachgerecht verteilt werden. Obwohl NRW rund 22 Prozent der Einwohner Deutschlands hat, bekommen wir nur knapp 16 Prozent der Mittel zur Finanzierung des ÖPNV.

... weiter voranbringen. Die Chancen der Technologie sollten vom Innovationsstandort NRW genutzt werden. Dazu sind weitere Anstrengungen von der Automobilindustrie, aber auch von Bund, Land und Kommunen notwendig.

... ein Ansatz, um die dringend notwendige Integration der schwankenden Stromerzeugung von erneuerbaren Energien voranzubringen. Ein entsprechendes Pilotprojekt in NRW bietet die Chance, neue technische Lösungen zu entwickeln, damit NRW endlich einen konkreten Beitrag zur Umsetzung der Energiewende leistet.

... dass Natur- und Artenschutz sowie Akzeptanz vor Ort gewährleistet sind. Sie sind ein wichtiger Baustein der Energiewende, aber nicht der einzige. Wir müssen daher auch andere Technologien weiterentwickeln und dürfen nicht nur auf Pumpspeicherkraftwerke setzen.



... brauchen wir einen schnellen Ausstieg aus der Kohleverstromung, ein Braunkohleausstiegsgesetz, ein Frackingverbot, Effizienzsteigerungen und eine echte Energiewende, die auch Gebäude und Industrieanlagen umfasst sowie eine Verkehrswende, die auf einen starken ÖPNV setzt.

... kostet die Gesellschaft und auch das Land weniger als der individuelle Autoverkehr. Der ÖPNV muss auch aus wirtschaftlichen Gründen ausgeweitet und attraktiver gestaltet werden – von den gesamtgesellschaftlichen, ökologischen und sozialen Gewinnen ganz abgesehen.

... weiter fördern. Es wäre jedoch verkehrt, Elektromobilität auf Autos zu reduzieren. Die eigentlich bedeutsamen elektrisch betriebenen Verkehrsmittel sind Busse und Bahnen. Hier existiert die technische Infrastruktur bereits. Autos und Fahrräder ergänzen die E-Flotte. Hybridfahrzeuge sind marktreif.

... interessant. Die Energiewende ist jedoch lokal, regional und dezentral angelegt, so dass die Option mehrerer kleiner dezentraler virtueller Kraftwerke ebenfalls zu prüfen ist. Diese können dann zusammengeschlossen werden – und auch über die Landesgrenzen hinaus vernetzt sein.

... die Bevölkerung von Anfang an demokratisch zu beteiligen und derartige Großspeicher als lebenswichtige Infrastruktur zu definieren, die nicht in die Hände von Oligopolen gehört, sondern unter öffentliche Kontrolle.



Antrieb aus der Steckdose

Sachverständige diskutieren Zukunft der Elektromobilität

25. Juni 2014 – Tankst Du noch oder lädst Du schon? Über den Einsatz elektrischer Fahrzeuge in den kommenden Jahrzehnten haben Sachverständige im Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk auf Antrag der CDU-Fraktion ([Drs. 16/4827](#)) beraten. Die größte Herausforderung sahen die Fachleute in den derzeit noch relativ hohen Anschaffungskosten. An den Kapazitäten des Stromnetzes jedenfalls dürfte das Wachstum des Elektromobilitätsmarktes wohl nicht scheitern.

„Wenn der Preis für ein Elektromobil sinkt, egal wie dies geschieht, dann steigt die Nachfrage“, prognostizierte Dr. Mark Walcher von der Smartlab Innovationsgesellschaft aus Aachen. In den Niederlanden etwa hätten Förderprojekte den Elektromobilitätsmarkt deutlich angeheizt. Hingegen passiert in dieser Richtung nach Auffassung des Unternehmers in Deutschland bislang relativ wenig. Mehr innovative Förderprojekte seien daher wünschenswert, um die Kosten für Fahrzeuge zu senken.

Diese Einschätzung bestätigte Christoph Humpert vom Verband kommunaler Unternehmen für die Stadtwerke: Ohne Fördergelder gebe es dort meist keine größeren Elektromobilitätsprojekte. Insgesamt sei das Thema für die kommunalen Unternehmen bislang eher eine Marketingsache. Viel hänge aber auch vom

persönlichen Engagement des jeweiligen Stadtwerke-Chefs ab und davon, wie sehr die einzelne Kommune hinter der Idee stehe. Dabei haben Elektrofahrzeuge laut Thomas Kiel vom Städtetag NRW für den gemeindlichen Einsatz – abgesehen von den hohen Kosten – einige Vorteile: So seien sie unter anderem leise und schadstofffrei – wobei der Vorsprung bei der CO₂-Vermeidung eher noch Zukunftsmusik sei, wie Georg Wilke vom Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie einwarf. Der Effekt hänge von einem steigenden Anteil erneuerbarer Energien im Stromnetz ab.

Als weiteren Vorteil hob Dr. Matthias Dürr vom Forschungszentrum Jülich hervor, dass Elektroautos weniger Fahrzeugteile hätten. So fielen etwa Auspuffsystem und Getriebe gegenüber dem konventionellen Auto weg, was sich positiv auf die Unterhaltskosten auswirke. Ein Nachteil hingegen sei die noch relativ geringe Reichweite der Batterie, berichtete Beatrice Degand vom Autohersteller Renault. Diese zu erhöhen, stehe aktuell im Fokus. Degand geht von 30 bis 50 Prozent mehr Kapazität in den kommenden zehn Jahren aus.

Im vergangenen Jahr gab es in Deutschland nach Angaben von Dürr rund 16.000 Elektrofahrzeuge. Und er stellte fest: „Die Kurve steigt stark nach oben.“ Ob am Ende das Ziel der Bundesregierung von einer Million E-Autos im Jahr 2020 erreicht werde, sei dabei gar nicht so entscheidend. Fest stehe aber, wie zahlreiche Fachleute wiederholt betonten, dass die Anschaffungskosten sinken müssten.

Auch Sven Spurmann von der TU Dortmund kam zu dem Schluss: „Der elektrische Antrieb ist definitiv die Antriebsform für die

nächsten 150 Jahre.“ Offen ist laut Thomas Puls, leitender Ökonom beim Institut der deutschen Wirtschaft, allerdings noch die Frage, was letztendlich der Stromspeicher für die Elektroautos sein wird. Denkbar seien unter anderem gewöhnliche Batterien, Lithium-Luft-Batterien, Wasserstoff oder chemische Speicher, Stichwort Power to Gas. Puls geht davon aus, dass es in den kommenden 10 bis 15 Jahren einen evolutionären Übergang zum Elektromobil geben wird.

Für das Stromnetz jedenfalls stelle das Millionenziel der Bundesregierung keine übermäßige Herausforderung dar. Ähnlich schätzte dies RWE-Vertreter Claus Fest ein. Wichtig sei, dass unter allen Umständen ein ordnungspolitischer Flickenteppich verhindert werde – denn dies wäre ein „Super-Gau“ für die Elektromobilität. Fest rief deshalb dazu auf, dass sich die unterschiedlichen Akteure und Ebenen in Deutschland regelmäßig austauschten. Dem stimmte Andreas Allebrod von der Drive-Carsharing GmbH zu: „E-Mobilität ist ein Netzwerkthema, das macht keiner alleine.“

Um Fehlinvestitionen zu vermeiden, müsse die Infrastruktur von Ladestationen mit der Zahl der Fahrzeuge wachsen, betonte Städtetagsvertreter Kiel. Hierbei bräuchten die Kommunen Unterstützung, forderte Dr. Frank-Michael Baumann von der Energieagentur NRW. Gleichzeitig plädierte er für Projekte, die E-Autos sichtbar machten und auf die Straße brächten. Davon verspreche er sich mehr Akzeptanz für die Elektromobilität. Bevor sich diese jedoch im klassischen Alltag durchsetze, so zeigte sich Volker Wente vom Verband deutscher Verkehrsunternehmen überzeugt, werde der öffentliche Nahverkehr verknüpft mit Car-Sharing-Projekten und Co. wohl noch einiges an Pionierarbeit zu leisten haben.

bra



Abgehängt?

Anhörung zur Zukunft des Nahverkehrs

GLEIS HINWEISE

6
18

etwa 20 Min. später

etwa 30 Min. später

Foto: Schälte

3. Juni 2014 – In einer Anhörung im Verkehrsausschuss waren sich alle Sachverständigen einig: Notwendig seien erstens ein leistungsfähiger öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV), zweitens Anstrengungen, um zumindest den Erhalt zu sichern, und drittens eine stärkere Verantwortung des Bundes. Grundlage für die Anhörung war ein [Antrag](#) der PIRATEN.

„Da wird ein bisschen was angestrichen und das nennt man dann Renovierung.“ Mit dieser Beschreibung der aktuellen Lage des ÖPNV durch Volker Wente (Verband deutscher Verkehrsunternehmen) stimmten alle Sachverständigen überein. Ihr Fazit: Es muss mehr investiert werden, um die Menschen von der Straße in Busse und Bahnen zu bewegen. Schon heute sei es so, dass ohne ÖPNV die Städte vor Blech überquellen würden, erläuterte Dr. Karl-Georg Schroll (Mobil mit Plan Verkehrs-Consult, Trier).

Daher bestand in einer weiteren Feststellung Einigkeit unter den Experten: Notwendig sei ein leistungsfähiger ÖPNV vor allem in der Fläche. Auf dem Land seien die Menschen auf Pendelmöglichkeiten in die Ballungsgebiete angewiesen, so Dr. Markus Faber (Landkreistag). Dort seien aber auch leistungsfähige Möglichkeiten des Gütertransports notwendig, verwies er auf Zentren der industriellen Produktion im ländlichen Raum.

Gerade hier aber sei der ÖPNV häufig abgeschnitten, so Schroll. Er sei eine freiwillige Aufgabe, die die sowieso schon klammen Kommunen nichts kosten dürfe. Dabei stelle es sich als Problem heraus, dass die Kosten für den ÖPNV offensichtlich seien, während die Kosten für den motorisierten Individualverkehr in vielen kommunalen Haushaltstiteln versteckt blieben. Vor diesem Hintergrund plädierte er dafür, den ÖPNV als kommunale Pflichtaufgabe zu definieren.

In der Regel sei gerade der Verkehr mit U- und S-Bahnen in den Städten als „Insellösung“

angelegt, ergänzte Lothar Ebberts (Pro Bahn e.V. NRW). In einigen Städten wie Düsseldorf existierten sogar zwei unterschiedliche Netze nebeneinander. Und die Misere werde größer: Aufgrund steigender Trassen- und Schienenentgelte, die an die Deutsche Bahn abzuführen seien, stehe weniger Geld für Investitionen zur Verfügung. Und über die Bahn fließe das Geld dann weiter an den Bund.

LEBEN VON DER SUBSTANZ

Sprach Faber noch von „Engpässen“, meinte Wente: „Wir leben zurzeit von der Substanz.“ Der Zeitwert der Anlagen sei in den letzten Jahren um rund 10 Prozent zurückgegangen. Und angesichts der derzeitigen politischen Vorgaben befürchtete er einen Baustillstand für rund zehn Jahre, denn geplant werde wohl erst wieder nach dem Jahr 2019.

Dabei sei Nordrhein-Westfalen auch eines der wichtigsten Transitländer, betonte Dr. Norbert Reinkober (Zweckverband Nahverkehr Rheinland) und warnte: „Wir werden durch Köln bald nichts mehr durchbringen.“ Er forderte, die Maßnahmen in der Verkehrsinfrastruktur an den größten Engpässen statt an den ärmsten Kommunen auszurichten.

Die Verkehrsinfrastruktur müsse sich an den Zielen der Energie- und Klimapolitik ausrichten, trat demgegenüber Prof. Heiner Monheim (Institut für Raumentwicklung

raumkom) für eine Ausweitung des Blicks ein. Man müsse „Lawinen“ von der Straße hin zum öffentlichen Nahverkehr bewegen. Jener müsse sich daher zum „Jedermannverkehr“ entwickeln. Mit dieser Aufgabe seien aber die Städte und Dörfer überfordert, die eigentlich die Hauptakteure der neuen Verkehrspolitik sein sollten. Konkrete Erweiterungsmöglichkeiten sah Monheim in der Reaktivierung stillgelegter Trassen in der Fläche. Statt Kahlschlag brauche man auch im ländlichen Raum Angebote mit S-Bahn-ähnlicher Qualität.

Woher das hierfür notwendige Geld denn kommen solle, wollten die Abgeordneten in Nachfragen von den Experten wissen. Diese betonten nicht nur die Verantwortung des Landes, sondern auch des Bundes. Gegenwärtig, so Faber, erhalte NRW vom Bund nur 15,76 Prozent der Regionalisierungsmittel, obwohl hier 21,8 Prozent der Bundesbevölkerung lebten. Ziel müsse daher eine Gleichbehandlung mit den anderen Bundesländern sein. Das mache rund 450 Millionen Euro pro Jahr aus, bezifferte Wente die Größenordnung. Er kritisierte auch die vom Bund zusätzlich bereitgestellten 5 Milliarden Euro: Damit würden letztlich nur bestehende Projekte vor allem bei den Bundesstraßen finanziert, für die Verkehrsinfrastruktur im ländlichen Raum hingegen bleibe wenig übrig. Die Länder müssten grundsätzlich die Bittstellerrolle ablegen und den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur als nationale Aufgabe einfordern, verlangte Monheim.

cw



Laufende Gesetzgebung

Drucksache	Gesetz/Initiator	Federführender Fachausschuss	(Geplante) Beratungsschritte
16/6131	Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuches, CDU	Bauausschuss	1. Lesung 4.7.2014
16/6125	12. Änderung Abgeordnetengesetz (Mitarbeiterpauschale), SPD/CDU/GRÜNE/FDP	Hauptausschuss	1. Lesung 3.7.2014
16/6124	11. Änderung Abgeordnetengesetz (Nebentätigkeit), SPD/CDU/GRÜNE/FDP	Hauptausschuss	Anhörung 28.8.2014
16/6123	10. Änderung Abgeordnetengesetz (Versorgungswerk), SPD/CDU/GRÜNE/FDP	Hauptausschuss	Anhörung 28.8.2014
16/6095	Schwangerschaftskonfliktgesetz, LR	Familienausschuss	1. Lesung 2.7.2014
16/6092	Finanzielle Beteiligung an den Kosten für die Ausbildung von Altenpflegerinnen und Altenpflegern etc., LR	Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales	1. Lesung 3.7.2014
16/6091	Änderung der Gemeindeordnung, LR	Ausschuss für Kommunalpolitik	1. Lesung 3.7.2014
16/6090	Änderung des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit, LR	Ausschuss für Kommunalpolitik	1. Lesung 3.7.2014
16/6089	Änderung des Landesbeamtengesetzes, des Justizgesetzes etc., LR	Innenausschuss	1. Lesung 3.7.2014
16/6088	Änderung des Rettungsgesetzes, LR	Gesundheitsausschuss	1. Lesung 2.7.2014
16/5981	Aufhebung der Verordnung über die Gewährung von Unterhaltsbeihilfen an Rechtsreferendare, etc., LR	Haushalts- und Finanzausschuss	1. Lesung 2.7.2014
16/5774	Änderung des Archivgesetzes, LR	Kulturausschuss	Anhörung 28.8.2014
16/5747	Wissenschaftsgesetz NRW, PIRATEN	Forschungsausschuss	Ausschuss 3.9.2014

Drucksache	Gesetz/Initiator	Federführender Fachausschuss	(Geplante) Beratungsschritte
16/5745	Änderung des Abgeordnetengesetzes, PIRATEN	Hauptausschuss	Anhörung 28.8.2014
16/5743	Abschaffung der Quoren bei Bürgerentscheiden, PIRATEN	Ausschuss für Kommunalpolitik	Anhörung beschlossen
16/5474	Partizipation auf Kommunalebene, PIRATEN	Ausschuss für Kommunalpolitik	Anhörung beschlossen
16/5413	Vollzug der Freiheitsstrafe, Jugendstrafvollzugsgesetz, LR	Rechtsausschuss	Ausschuss 3.9.2014
16/5412	Änderung des Krankenhausgestaltungsgesetzes, LR	Gesundheitsausschuss	Anhörung 27.8.2014
16/5410	Hochschulzukunftsgesetz, LR	Wissenschaftsausschuss	Ausschuss 3.9.2014
16/5038	Änderung des Polizeigesetzes, CDU	Innenausschuss	Anhörung 16.9.2014
16/4819	Ausbau des Kinderschutzes, CDU/FDP/PIRATEN	Sozialausschuss	in Beratung
16/4824	Vorlage einer verbindlichen Finanzplanung bis 2020, CDU	Haushalts- und Finanzausschuss	in Beratung
16/4157	Änderung des Polizeiorganisationsgesetzes, CDU	Innenausschuss	in Beratung
16/4155	Regelung des Strafvollzuges in NRW, CDU	Rechtsausschuss	Ausschuss 3.9.2014
16/4151	Körperschaftsrechte für Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften, alle Fraktionen	Hauptausschuss	in Beratung
16/3948	Nichtgewerbliches Halten gefährlicher Tiere wildlebender Arten, PIRATEN	Umweltausschuss	in Beratung
16/3388	Demografiefeste, teilhaborientierte Infrastruktur (GEPa NRW), LR	Sozialausschuss	2. Lesung 1./2.10.2014
16/2124	Wiederkehrende Straßenausbaubeiträge, CDU	Ausschuss für Kommunalpolitik	in Beratung
16/119	Änderung der Verfassung, PIRATEN	Hauptausschuss	in Beratung

LR = Landesregierung; Gesetzstitel zum Teil verkürzt

Abgeschlossene Gesetzgebung

Drucksache	Gesetz	Initiator	Abstimmung im Plenum	Beschluss
16/5788	Änderung des Ausführungsgesetzes zum Sprengstoffgesetz	Landesregierung	2. Lesung 2.7.2014	angenommen
16/5751	Förderung kommunaler Aufwendungen für die schulische Inklusion	SPD, GRÜNE	2. Lesung 3.7.2014	angenommen
16/5546	Einrichtung der Ethikkommission für Präimplantationsdiagnostik	Landesregierung	2. Lesung 2.7.2014	angenommen
16/5545	Änderung des Ausführungsgesetzes zum Bundesausbildungsförderungsgesetz	Landesregierung	2. Lesung 2.7.2014	angenommen
16/4950	Änderung des Landesmediengesetzes und des Telemedienzuständigkeitsgesetzes	Landesregierung	2. Lesung 2.7.2014 3. Lesung 3.7.2014	angenommen
16/4774	LBS Westdeutsche Landesbausparkasse	Landesregierung	2. Lesung 2.7.2014	angenommen
16/4443	Aufhebung des Tarifreue- und Vergabegesetzes	FDP	2. Lesung 4.7.2014	abgelehnt
16/4165	Offenlegung der Bezüge von Sparkassenführungskräften im Internet	PIRATEN	2. Lesung 2.7.2014	abgelehnt
16/2723	Änderung des Bestattungsgesetzes	Landesregierung	2. Lesung 2.7.2014	angenommen
16/5293	Änderung des Kinderbildungsgesetzes und weiterer Gesetze	Landesregierung	2. Lesung 4.6.2014	angenommen
16/4232	Gesetz über Immobilien- und Standortgemeinschaften	Landesregierung	2. Lesung 4.6.2014	angenommen

Ein Gesetzentwurf wird mindestens zweimal im Plenum behandelt (1. und 2. Lesung). Dazwischen wird er von den zuständigen Fachausschüssen beraten. Im Internet finden Sie unter www.landtag.nrw.de ausführlichere Informationen.



Zwischen Verkehrs- und Sozialpolitik

Sozialtickets sollen Mobilität fördern und Armut bekämpfen

1. Juli 2014 – „Die Fahrscheine bitte!“ Wer mit Bus oder Bahn fährt, hat diese freundliche Aufforderung wohl schon häufig gehört. Was aber, wenn der Ticketpreis für den eigenen Geldbeutel einfach zu hoch ist und man trotzdem fahren muss? Weil man kein eigenes Auto hat, weil das Einkaufszentrum zu weit weg ist, weil sich die Arbeitsstelle am anderen Ende der Stadt befindet. Für diese Fälle gibt es Sozialtickets. Ob und wie man dieses Instrument ausweiten kann und soll, darüber berieten auf Antrag der PIRATEN ([Drucksache 16/5277](#)) Fachleute im Ausschuss für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr.

Rund 38 Euro koste es regulär, wenn man aus dem Kreis Wesel nach Düsseldorf fahren wolle, um dort den Landtag zu besuchen, erläuterte Roman Reisch (ATTAC Niederrhein). Mit Blick auf solche Preise sei es notwendig, über Sozialtickets allen Bevölkerungsschichten die Möglichkeit zu geben, den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) zu nutzen. Ansonsten drohe ein „stetiger, schleichender, unsichtbarer Ausschluss von Menschen“ aus der heutigen Mobilitätsgesellschaft, so Heiko Holtgrave (Institut für soziale und politische Planung, Dortmund). Gerade ärmere Bevölkerungsschichten

wären vom ÖPNV abhängig, verwies er auf die teils beträchtlichen Distanzen zwischen Wohnsiedlungen, Einkaufsmöglichkeiten und Arbeitsstätten. Nehme man noch das Problem der Altersarmut hinzu, könne man den Problembereich unter dem Begriff „Mobilitätsarmut“ zusammenfassen.

„Armut macht immobil“, stimmte auch Holger Kirchhöfer (Altstadtküche Düsseldorf) zu. Er erläuterte, dass der Regelsatz für Hartz-IV-Empfängerinnen und -Empfänger für die Nutzung des ÖPNV monatlich bei 19,20 Euro liege. Dies sei deutlich weniger als die 25 Euro, die selbst viele Sozialtickets kosteten. Daher müsse man sich

überlegen, ob man die entsprechenden Mittel, mit denen das Land die Sozialtickets fördere, nicht in sinnvollerem Modellen einsetzen könne.

Vor diesem Hintergrund waren sich die drei Fachleute darüber einig, dass die Sozialtickets übertragbar sein müssten, und lobten den entsprechenden Ansatz des Verkehrsverbunds Rhein-Sieg. Um Mobilität herzustellen, müssten die Tickets im gesamten Verkehrsverbund und ohne zeitliche Einschränkungen gelten. Immerhin sei Mobilität ein Faktor, der helfen könne, Armut zu beseitigen, betonte Kirchhöfer. Daher regte Holtgrave an, die Nutzung des ÖPNV vollständig freizugeben und diesen über Steuern oder eine Umlage zu finanzieren.

Ein Überdenken der in der Sozialhilfe geltenden bundesweiten Regelsätze hielt dagegen Dr. Michael Spörke (SoVD NRW) für notwendig. Denn das Sozialticket sei die richtige Antwort auf die Herausforderung, Menschen Mobilität zu ermöglichen. Allerdings fand auch er, dass dieses Instrument anders ausgestaltet werden sollte: Die Verkehrspolitik müsse noch stärker für sozialpolitische Fragen geöffnet werden.

AUSGEWOGENHEIT VON LEISTUNG UND EINNAHME

Genau dies sah Volker Wente (Verband deutscher Verkehrsunternehmen) anders. Die sozialpolitische Herausforderung anerkennend meinte er, das Modell des Sozialtickets solle nicht im Verkehrssektor, sondern im Sozialsektor angesiedelt werden. So könne die öffentliche Hand Tickets zum regulären Preis erwerben und diese dann zu einem angepassten, zielgruppenorientierten Preis an Bedürftige weitergeben. Dann hätte man das sozialpolitische Ziel erreicht und erfülle gleichzeitig die Vorgabe an die Verkehrsbetriebe, Einnahmen zu erzielen. „Wir müssen uns zurückhalten bei Angeboten, die sich nicht rechnen“, meinte Wente. Auf jeden Fall benötigten die Verkehrsbetriebe auch für das Angebot des Sozialtickets einen angemessenen Ausgleich. Hier stünden der festgeschriebenen Landesförderung von 30 Millionen Euro seit Jahren steigende Fahrpreise gegenüber.

Derzeit sei die Finanzierung des Sozialtickets noch auskömmlich, aber eine Finanzierungslücke bahne sich an, meinte auch José Luis Castrillo (Verkehrsverbund Rhein-Ruhr, VRR). Es sei nun einmal notwendig, eine Ausgewogenheit von Leistungen einerseits und Preisen sowie Zuschüssen andererseits zu erreichen.

Gute Erfahrungen mit einem Sozialticket habe der Zweckverband Nahverkehr Rheinland (NVR) gemacht, so dessen Vertreterin Anja Höhn. Man erreiche immerhin rund 37 Prozent der Berechtigten. „Wir fahren damit gut“, zeigte sie sich zufrieden. Wichtig sei, die Landesförderung auch über das Jahr 2015 hinaus zu gewährleisten.

Dieser Forderung konnte sich auch Lothar Ebberts (Pro Bahn NRW) anschließen. Er trat zudem dafür ein, die Mittel regelmäßig anzupassen. Es gehe schließlich um das Mobilitätsverhalten von Leuten mit wenig Geld. Die Gefahr sei, dass Fahrgäste aus dieser Zielgruppe einfach wegblieben; diesem Problem müsse man durch Sozialtickets entgegenwirken. *cw*

Foto: Schälte





+++Meldungen+++

Klimaschutzplan auf dem Prüfstand

16.6.2014 – Über die Zwischenergebnisse einer Analyse zum Klimaschutzplan NRW hat sich der zuständige [Unterausschuss](#) informieren lassen. Vertreterinnen und Vertreter mehrerer wissenschaftlicher Institute setzten sich im Landtag mit der erwartbaren Nettobilanz des geplanten Klimaschutzplans auseinander: Wenn NRW die geplanten Maßnahmen umsetze, bedeute dies einerseits Kosten und Aufwand, auf der anderen Seite aber auch langfristige positive Effekte für Wirtschaft, Umwelt, Gesundheit oder auch Importunabhängigkeit, so die Bilanz der Fachleute. Positives zudem beim Thema Versorgungssicherheit: Auch mit 100 Prozent erneuerbaren Energien lasse sich eine Versorgungssicherheit auf dem Standard von heute erreichen.

Eidesformel und Immunität

16.6.2014 – In einer zweiten Runde hat die [Verfassungskommission](#) die Anhörung zum Themenkomplex „Parlamentarismus und Landesregierung“ ausgewertet. Was ist ein Abgeordneter, was eine Fraktion und was eine Opposition? Darauf gibt die Verfassung bislang keine direkte Antwort – das möchte das Gremium nun ändern. Als überholt bezeichneten die Kommissionsmitglieder die Ministeranklage. Ob hingegen die Formel, mit der die Regierungsmitglieder vereidigt werden, anzupassen ist, blieb zunächst offen. Derzeit ist in der Eidesformel vom „Wohle des deutschen Volkes“ die Rede. Uneinigkeit gab es auch bei der Frage, ob die Immunität der Abgeordneten aus der Verfassung gestrichen werden sollte. Ebenso zeichnete sich umfassender Beratungsbedarf hinsichtlich des Quorums zur Einsetzung eines Untersuchungsausschusses ab.

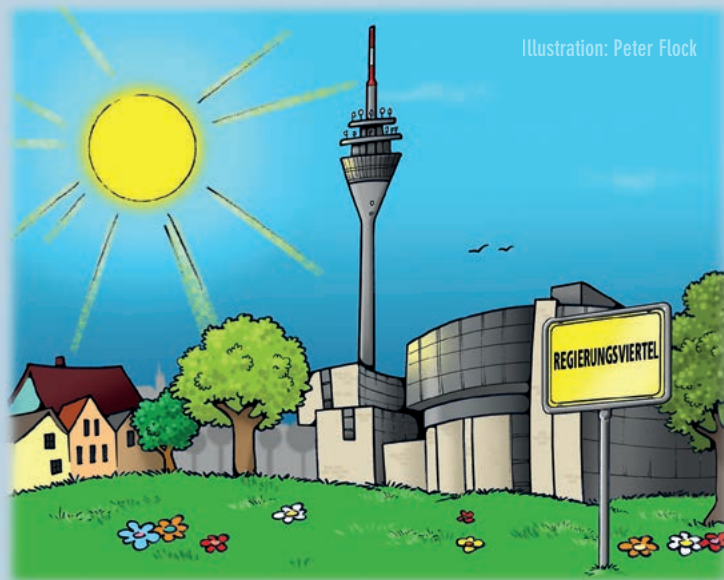
Unterrichtsausfall wieder erfassen

25.6.2014 – Im [Schulausschuss](#) hat Ministerin Sylvia Löhrmann angekündigt, ausgefallene Schulstunden bald wieder erfassen zu wollen. Darauf hatte sie in den vergangenen vier Jahren verzichtet. Grund seien schlichtweg Diskrepanzen zwischen den Daten des Ministeriums und des Landesrechnungshofs (LRH) gewesen, so Löhrmann. Während das Ministerium für das Jahr 2008/2009 mittels Stichprobe einen Unterrichtsausfall von 2,4 Prozent erfasst hatte, kam der [LHR-Bericht](#) hochgerechnet auf

4,8 Prozent. Die Hälfte der Ausfälle gründe auf einer schlechten Organisation an den Schulen, so LRH-Präsidentin Dr. Brigitte Mandt. Sie forderte daher eine umfassende Ausfallstatistik. Prof. Dr. Gabriele Bellenberg von der Uni Bochum ging jedoch nicht davon aus, dass eine solche Statistikpflicht tatsächlich zu weniger Ausfällen führen werde.

Regierungsviertel ohne Mehrkosten

26.6.2014 – Ohne ambitionierte Neubauten wie auch deutliche Mehrkosten will die Landesregierung mit Blick auf das geplante Regierungsviertel am Düsseldorfer Rheinufer



auskommen. Dies erläuterte im [Hauptausschuss](#) der Chef der Staatskanzlei, Franz-Josef Lersch-Mense. Es entspreche auch dem Ziel der Haushaltskonsolidierung. SPD, GRÜNE und FDP begrüßten das Vorhaben, wobei letztere die angekündigte Kostenneutralität infrage stellte. Die CDU bezweifelte, dass die Kosten eingehalten werden könnten, und verwies in diesem Zusammenhang auf den entsprechenden Parlamentarischen Untersuchungsausschuss I der vorhergehenden Wahlperiode.

EEG: Mehr Licht als Schatten?

25.6.2014 – Zufrieden zeigte sich Wirtschaftsminister Garrelt Duin (SPD) im [Wirtschaftsausschuss](#) mit Blick auf zwei Ergebnisse, die bei den Verhandlungen über das neue Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) erzielt wurden: Die Förderung des Ausbaus der erneuerbaren Energien insgesamt sowie die besonderen Ausgleichsregelungen für energieintensive Un-

ternehmen seien wichtig für NRW. Gerade hier habe man – auch im Kontext europäischer Bestimmungen – sowohl Rechtssicherheit erzielen als auch Wettbewerbsfähigkeit sichern können. Weniger zufrieden war Duin mit den bislang erzielten Vereinbarungen hinsichtlich des Eigenstroms. Diese liefen darauf hinaus, dass für Eigenstrom zukünftig mindestens ein Teil der Ökostrom-Umlage gezahlt werden müsse. Sorge bereite dem Minister wie den Abgeordneten, dass die Umlagebefreiung für bestehende Anlagen im Jahr 2017 überprüft werden soll.

Universitäten: Frauen benachteiligt

25.6.2014 – Mit „Geschlechter-(un)gerechtigkeit an Hochschulen“ ist der Gender-Report für das Jahr 2013 überschrieben, den Dr. Beate Kortendiek (Netzwerk Frauen- und Geschlechterforschung NRW) im [Frauenausschuss](#) vorgestellt hat. Während man bei der Zahl der Studierenden die Geschlechterparität fast erreicht habe, zeige sich bei den Professorinnen und Professoren ein eklatantes Missverhältnis. Frauen hätten nur 20 Prozent aller Professuren inne, an Unikliniken seien es sogar nur 14 Prozent. Eine wesentliche Ursache dafür, dass Frauen in ihren akademischen Karrieren gebremst würden, liege anscheinend in der mangelnden Vereinbarkeit von Familie und Beruf, so Kortendiek. Als eine

mögliche Konsequenz regten die Abgeordneten an, im entsprechenden beruflichen Werdegang Erziehungszeiten anzurechnen.

Sich impfen lassen, gesund bleiben

25.6.2014 – Behinderung, Pflegebedürftigkeit oder gar der Tod: Dies können die Folgen einer Masernerkrankung sein. Wer sich impfen lässt, schützt sich und andere, machte der Tropen- und Reisemediziner Dr. Burkhard Rieke bei einer Anhörung des [Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales](#) deutlich. Um den gewünschten allgemeinen Schutz zu erreichen, werde auch von der Weltgesundheitsorganisation eine Impfung von 95 Prozent der Bevölkerung empfohlen, so Dr. Ute Teichert (Öffentlicher Gesundheitsdienst). „Masern und ihre Folgen sind die Konsequenz einer Fehlentscheidung: der Verweigerung von Impfungen“, betonte Rieke. Dieser Aussage schlossen sich alle geladenen Fachleute an.



Umstrittene Koordinierung

Expertenanhörung zum geplanten Hochschulzukunftsgesetz

18. Juni 2014 – 680.000 Studierende sind derzeit an den Hochschulen in NRW eingeschrieben. Um sie, ihre Studienbedingungen, die Handlungsspielräume der Hochschulen sowie den Grad der Landesplanung geht es im geplanten Hochschulzukunftsgesetz der Regierung. In einer Anhörung von Wissenschafts- und Frauenausschuss wurde der Entwurf vor allem in puncto Steuerungsmechanismen kritisiert und in puncto Sozialschutz begrüßt. Den Fachleuten lag des Weiteren der Entwurf eines Wissenschaftsgesetzes der PIRATEN-Fraktion vor.

„Warum vertrauen Sie Ihren Hochschulen nicht?“. Diese Frage von Prof. Dr. Dieter Lenzen (Hochschulrektorenkonferenz) fasste ein zentrales Kritelement der Fachleute mit Blick auf das vorgesehene Hochschulzukunftsgesetz ([Drs. 16/5410](#)) zusammen. Sie befürchteten eine Einschränkung der Autonomie der Hochschulen.

Kernpunkt der Kritik: Die Regierung schaffe sich die Möglichkeit, über Rahmenvorgaben in die Hochschulen einzugreifen, so Heinz-Joachim Henkemeier (Arbeitsgemeinschaft der Kanzler der Fachhochschulen). Sie könne zukünftig Rahmenvorgaben formulieren und auch durchsetzen. Dies bedeute die Möglichkeit zur Detailsteuerung, nehme Flexibilität und führe zu mehr Bürokratie, so Prof. Dr. Ursula Gather (Landesrektorenkonferenz der Universitäten). Aus ihrer Sicht drohe durch die faktische Rücknahme der Hochschulautonomie eine Schwächung der Wettbewerbs- und Innovationskraft der nordrhein-westfälischen Wissenschaftslandschaft.

Durch die geplante Stärkung der ministeriellen Einflussmöglichkeiten zeige sich ein Geist des Misstrauens gegenüber den Hochschulen, befürchtete ebenso Prof. Dr. Martin Sternberg (Landesrektorenkonferenz der Fachhochschulen). Und auch der vorgesehene Landeshochschulentwicklungsplan gehöre nicht ins Ministerium, sondern ins Parlament, unterstrich Dr. Annette Fugmann-Heesing (Hochschulratsvorsitzende der Universitäten).

Prof. Kurt Mehnert (Landesrektorenkonferenz der Kunst- und Musikhochschulen) bemängelte, die Betroffenen seien bei der Erarbeitung des Gesetzes nicht einbezogen worden. Der jetzt vorliegende Gesetzentwurf sei ein gravierender Eingriff an der Realität vorbei, so sein Fazit.

SOZIALE ASPEKTE

Die negativen Folgen der gegenwärtigen Flexibilität hätten die Beschäftigten zu tragen, zeigte dagegen Andreas Meyer-Lauber (DGB) einen anderen Aspekt der Debatte auf. Dies zeige sich in gravierenden Mängeln bei den Beschäftigungsbedingungen, die aus seiner Sicht nur durch staatliche Rahmenvorgaben abgestellt werden könnten, begrüßte er den Ansatz

des geplanten neuen Gesetzes. Für Studierende sah er die vorgesehene Möglichkeit eines Teilstudiums als Verbesserung an. Sie müssten darüber hinaus das Recht erhalten, nach einer erfolgreich absolvierten Bachelor-Prüfung ein Master-Studium beginnen zu können, forderte Meyer-Lauber. Vor allem müssten Universitäten den Studentinnen und Studenten nicht nur wissenschaftliche Inhalte und Berufsqualifikationen vermitteln, sondern sie auch zu Bürgerinnen und Bürgern ausbilden. Von daher komme der inneren Demokratie an der Hochschule eine besondere Bedeutung zu.

„Was ist schlecht daran, wenn es Regeln für gute Beschäftigung gibt, wenn die Rechte der Beschäftigten gestärkt werden?“, fragte gleichfalls Klaus Böhme (Landespersonalrätekonferenz der Hochschulen). Allerdings müsse dieser Aspekt in der kommenden Hochschulgesetznovelle weiter konkretisiert werden, forderte Bernadette Stolle (Landespersonalrätekonferenz). Ebenso wie Sonja Lohf vom Landes-Asten-Treffen NRW forderte sie weitergehende Schritte hinsichtlich der Beteiligungsmöglichkeiten des wissenschaftlichen Personals in der akademischen Selbstverwaltung.

HOCHSCHULRAT – SENAT

Eine weitere Diskussionsrunde behandelte insbesondere die Zusammensetzung und Aufgaben des Hochschulrates sowie dessen Verhältnis zum Senat. So sprach sich Ralf Richter (Hans-

Böckler-Stiftung) dafür aus, die Hochschulräte erstens weniger wirtschaftsbezogen zu besetzen und ihnen zweitens nur eine beratende Rolle zu geben. Gerade die Verbindung zur Wirtschaft sei die Stärke der Hochschulräte, meinte dagegen Michael F. Bayer (Industrie- und Handelskammer NRW).

In ihrer heutigen Rolle seien die Hochschulräte verfassungsrechtlich hoch problematisch, wandte Prof. Dr. Thomas Stelzer-Rothe (Hochschullehrerbund) ein. Gleiches sah Torsten Bultmann (Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler) mit Blick auf die Kombination von Hochschulrat und Hochschulleitung. Er unterstützte ebenso wie Prof. Dr. Heinz-J. Bontrup (Westfälische Hochschule Recklinghausen) die vorgesehene Stärkung des Senats. Um ein attraktives Gremium zu bleiben, müsse ein Hochschulrat aber doch echte Kompetenzen behalten, hielt Horst-Werner Maier-Hunke (Landesvereinigung der Unternehmensverbände) dagegen. cw

Foto: Schälte



Aufatmen und noch ein paar Änderungswünsche

Anhörung zum Kompromiss über die Kosten der Inklusion

25. Juni 2014 – Über Monate hinweg wurde über die Kostenverteilung bei der schulischen Inklusion gestritten. Die erzielte Einigung zwischen Landesregierung und Kommunen soll nun in ein Gesetz (Drs. 16/5751) gegossen werden (siehe Bericht auf Seite 7). In einer gemeinsamen Sachverständigenanhörung der Ausschüsse für Schulen und Weiterbildung sowie für Kommunalpolitik war die Erleichterung groß, einen Kompromiss gefunden zu haben. Die ganz große Euphorie brach dennoch nicht aus – noch immer wird Änderungsbedarf angemeldet.

Mit dem Entwurf zum „Gesetz zur Förderung kommunaler Aufwendungen für die schulische Inklusion“ (Drs. 16/5751) der Fraktionen von SPD und Grünen sollen finanzielle Aufwendungen geregelt werden, die den Kommunen bei der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in den Schulen entstehen. Das Land übernimmt für die kommenden fünf Schuljahre Inklusionskosten in Höhe von 175 Millionen Euro. Dieser Anteil soll auf Drängen der Kommunen jährlich überprüft werden.

Die Vertreter der kommunalen Spitzenverbände zeigten sich zufrieden, nach langem Ringen eine Einigung gefunden zu haben. Prof. Dr. Angela Faber vom Städtetag Nordrhein-Westfalen sprach von einer „pragmatischen Lösung im Interesse einer fortschreitenden Umsetzung der Inklusion“. Mit Blick auf die Zukunft appellierte sie aber auch an die Landesregierung: „Wir tun dies in der Hoffnung, dass in zukünftigen Gesetzgebungsverfahren der Landesregierung zeitgleich mit der Übertragung bzw. Veränderungen von Aufgaben eine Abschätzung der Folgekosten und ein Belastungsausgleich erfolgt.“ Dies entspreche dem verfassungsrechtlichen Konnexitätsprinzip. Bei der Überprüfung des nun vorliegenden Gesetzes wolle man „konstruktiv“ mitarbeiten.

Einige Kritikpunkte führte Claus Hamacher vom Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen an. So bemängelte er, dass der finanzielle Ausgleich laut Gesetzentwurf nur für Sachkosten vorgesehen ist. Dadurch werde die gemeinsame Vereinbarung eingeschränkt, in der auf die Schulträgeraufgaben in Gänze verwiesen werde. Diese setzten sich aus Sach- und Personalkosten zusammen. Weiterer Kritikpunkt: Der Entwurf erwecke den Eindruck, die kommunalen Spitzenverbände seien für die Evaluierung zuständig. Zwischen einer Mitwirkungspflicht und einer alleinigen Datenlieferungspflicht bestünden allerdings Unterschiede. Unter das Konnexitätsprinzip falle auch, dass die Erstellung der Kostenfolgeabschätzung Aufgabe des Landes sei. Unzufrieden sei man ebenso damit, dass das Gesetz mit einer Beschränkung auf die Primarstufe sowie die Sekundarstufe I versehen werde. Dafür sei kein Sachgrund erkennbar, sagte Hamacher. Es sei kein gangbarer Weg, darauf vertrauen zu müssen, dass das Gesetz künftig um Regelungen für die Sekundarstufe II ergänzt werde. Ähnlich äußerte sich Désirée Geisler vom Amt für Schulen und Kultur beim Kreis Mettmann. Ihre Forderung: Alle Schüler der Sekundarstufe II müssten Berücksichtigung finden. Zudem solle bei

der Zuweisung der Mittel das Wohnortprinzip gelten – und nicht der Standort der Schule.

Norbert Killewald, Beauftragter der Landesregierung für die Belange der Menschen mit Behinderung, sagte mit Blick auf die Diskussionen der vergangenen Monate, dass diese der Inklusion in Nordrhein-Westfalen geschadet hätten. In den kommenden Jahren sei nun die spannende Frage, ob das vereinbarte Geld ausreiche oder zu wenig sei. Unzufrieden äußerte sich Bernd Kochanek vom Inklusionsfachverband „Gemeinsam Leben, Gemeinsam Lernen“. „Wir vermissen sehr deutlich, dass auf eine Zweckbindung der Mittel verwiesen wird“, sagte er. Das Gesetz solle offensichtlich keinerlei Mechanismen enthalten, die sicherstellten, dass das Geld des Landes auch wirklich den Kindern in der Inklusion zugute komme. So müsse befürchtet werden, dass die Mittel in längst überfällige Sanierungsarbeiten flössen. Obendrein sei es nicht gelungen, eine stimmige Bedarfsaufstellung zusammenzutragen.

„BUNDESWEIT RICHTUNGSWEISEND“

Dass es nun endlich einen zustimmungsfähigen Gesetzentwurf gibt, wurde seitens der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) begrüßt. Positiv hervorzuheben sei die beabsichtigte jährliche Evaluierung, sagte die GEW-Vorsitzende Dorothea Schäfer. Es sei aber wünschenswert, diese auch auf den Lehrstellenbedarf auszuweiten. Lobende Worte fand Dr. Alexandra Schwarz vom Wuppertaler Institut für bildungsökonomische Forschung. Der Gesetzentwurf könne als „bundesweit richtungsweisend“ angesehen werden, da Nordrhein-Westfalen als erstes Bundesland eine systematische Evaluierung kommunaler Aufwendungen vorlege. Die Prüfung sei ein zentraler Punkt, aber auch eine methodische und technische Herausforderung. *Christian Wolf*



Richtig rund ...

... ging es Ende Juni wieder beim NRW-Tag in Bielefeld. Unter dem Motto „Stadt.Land.Feier“ waren rund 250.000 Menschen auf den Beinen, viele von ihnen schauten beim Landtags-Zelt vorbei. Dort konnten sie nicht nur am Glücksrad drehen, sondern auch erfahren, wie das Parlament funktioniert und der Petitionsausschuss bei Ärger mit Behörden weiterhilft. Auf einer Bühne standen Landtagspräsidentin Carina Gödecke sowie Abgeordnete aller Fraktionen Rede und Antwort. Wer wollte, konnte die Politikerinnen und Politikern aber auch persönlich mit Fragen löchern. Ungeschlagener „Kassenknüller“ beim nunmehr neunten NRW-Tag war wiederholt der Landtags-Einkaufschip mit individueller Gravur. Die nächste Chance auf den legendären Chip gibt es dann in zwei Jahren – beim nächsten NRW-Tag.

Fotos: Landtag



Mehr Förderung – mehr Personal?

Anhörung zum Strafvollzugsgesetz:
Idee gut, Umsetzung schwierig



25. Juni 2014 – Die Landesregierung will das Strafvollzugsgesetz überarbeiten und es an die aktuellen Anforderungen anpassen. In einer Sachverständigenanhörung des Rechtsausschusses und des Ausschusses für Frauen, Gleichstellung und Emanzipation wurde der Gesetzentwurf grundsätzlich begrüßt. Allerdings gaben die Experten zu bedenken, dass die Umsetzung mit den vorhandenen Ressourcen ins Stocken gerate.

Foto: Schälte

Mit ihrem Gesetzentwurf ([Drs. 16/5413](#)) will die Landesregierung den Anforderungen eines modernen Strafvollzugs gerecht werden. Im Vordergrund soll dabei der Gedanke eines „aktivierenden Strafvollzuges“ stehen, „der auf der Grundlage einer sorgfältigen Diagnostik eine auf individuell zugeschnittene Behandlung und Motivierung gerichtete Vollzugsplanung vorsieht und den Grundsatz des ‚Forderns und Förderns‘ in den Mittelpunkt stellt“. Dabei sollen vollzugsbegleitende und nachsorgende Angebote zwecks späterer sozialer Eingliederung verzahnt werden.

Abseits der einhelligen Befürwortung des Entwurfs führten die Sachverständigen zahlreiche Punkte an, die aus ihrer Sicht verbessert werden müssten. So kritisierte Katrin Eickmeyer von der Fachgruppe Justiz des Verdi-

Landesbezirks NRW, dass es keine fundierte Berechnung des Stellenbedarfs gebe. Diese sei aber dringend notwendig, um das Gesetz umzusetzen. Auch seien bauliche und organisatorische Veränderungen notwendig, wenn unter anderem die Besuchszeiten sowie sozialtherapeutischen Behandlungen ausgeweitet würden. Durch positive Effekte des demografischen Wandels könne der „erhebliche Mehrbedarf“ nicht kompensiert werden, sagte Eickmeyer.

Auch Uwe Nelle-Cornelsen vom Bund der Strafvollzugsbediensteten merkte an, dass der Gesetzentwurf „personalintensiv“ sei und es zusätzlicher räumlicher und finanzieller Ressourcen bedürfe. „Wichtig ist, dass die Mitarbeiter mitgenommen werden, weil sie es umsetzen müssen“, sagte er. Schon jetzt sei die Personalausstattung nicht annähernd bedarfs-

gerecht. Das Gesetz bringe hingegen noch einen zusätzlichen Stellenbedarf mit sich. Es sei zu befürchten, dass die Überstunden zunähmen. Aus Sicht der Beamten erscheine es zudem problematisch, dass in dem Entwurf oftmals sehr detaillierte Vorgaben für die Arbeit in der Praxis gemacht würden. Unbestimmte Rechtsbegriffe gäben bei strittigen Fragen obendrein Grund zu Diskussionen.

Eine eindeutige Beurteilung gab der Bremer Rechtswissenschaftler Prof. Dr. Johannes Feest ab: „Der Mut zu größeren normativen Änderungen hat offenbar gefehlt.“ So bleibe der Gebrauch von Schusswaffen ebenso erlaubt wie der Arrest als Disziplinarmaßnahme. Auch sei zu kritisieren, dass an der Zehnjahresfrist vor der erstmaligen Beurlaubung lebenslanglich Inhaftierter festgehalten werde. Ein Schritt zurück sei sogar das Wegfallen der regelmäßigen Sprechstunden der Anstaltsleitung. Konkrete Mindeststandards für die Ausgestaltung der Hafträume schlug der Münchner Rechtswissenschaftler Prof. Dr. Heinz Schöch vor. Dazu gehörten abgetrennte Toilettenbereiche, eine Raumgröße von mindestens 15 Kubikmetern sowie eine Belegung mit maximal drei Personen. Letzteres erfülle der Gesetzentwurf der CDU-Fraktion ([Drs. 16/4155](#)), der ebenfalls Teil der Anhörung war.

SCHUTZ DER PRIVATSPHÄRE

Mit Blick auf den Schutz der Privatsphäre der Gefangenen führte der NRW-Datenschutzbeauftragte Ulrich Lepper gleich mehrere Punkte an, die er bemängelte. Kritisch sei unter anderem, dass Ärzten und Psychologen eine Pflicht zur Offenbarung von Gesundheitsdaten gegenüber der Anstaltsleitung auferlegt werde. Nicht nachvollziehbar sei, weshalb eine seelsorgerische Überwachung nur auf Verlangen der Seelsorger und nicht auch der Gefangenen ausgesetzt werden könne. Dass Häftlinge bei einer Durchsuchung ihres Haftraums nicht anwesend sein müssen, hielt der Datenschutzbeauftragte ebenfalls für problematisch. „Sehr kritisch“ sei sogar, dass den Inhaftierten kein vollumfängliches, sondern nur ein eingeschränktes Recht auf Auskunft und Akteneinsicht bei personenbezogenen Daten gewährt werde.

Vonseiten der Landesarbeitsgemeinschaft Gehobener Sozialdienst im Justizvollzug wurde die Erhöhung des Besuchskontingents und die Berücksichtigung des Opferschutzes positiv hervorgehoben. Als „größte Enttäuschung“ bezeichnete die Vorsitzende Claudia Pastoor, dass arbeitende Gefangene auch weiterhin nicht in die Sozialversicherung einbezogen würden. Das Festhalten an der generellen Arbeitspflicht kritisierte der Sachverständige Jürgen Taege. Da sie ohnehin nicht durchsetzbar sei und es nicht genug Plätze gebe, sollte die Arbeitspflicht ausgesetzt werden.

Christian Wolf



Aus den Fraktionen

Landwirtschaft in NRW auf dem Prüfstand

Nordrhein-Westfalen ist ein wichtiges Agrarland. Etwa die Hälfte der Fläche wird landwirtschaftlich genutzt, das wirkt sich wiederum auf Natur und Umwelt aus. Doch die Landwirtschaft ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Die Landwirte sorgen zwar dafür, dass wir gut und reichlich satt werden, aber die Landwirtschaft belastet Mensch und Natur ebenfalls und verursacht Schaden. Das belegen viele Untersuchungen. Deshalb strengen SPD und Grüne im Landtag NRW nun eine umfassende Bestandsaufnahme an und stellen eine große Anfrage an die Landesregierung. „Wir Sozialdemokraten setzen uns dafür ein, dass Lebensmittel finanzierbar sind und nachhaltig produziert werden“, erklärt Frank Sundermann, Agrarexperte der



Frank Sundermann (SPD)

SPD-Fraktion. „Allerdings hat der Strukturwandel in der Landwirtschaft zu einer Produktion geführt, die eine starke Belastung der Böden, des Wassers, der Luft und der biologischen Vielfalt zur Folge hat.“

Durch die übermäßige Gülledüngung sind vor allem die Äcker und Wiesen am Niederrhein und im Münsterland extrem mit Stickstoff belastet. Das wiederum beeinträchtigt das Grundwasser. Vielfach können die von der EU vorgegebenen Grenzwerte nicht eingehalten werden. „Laut Umweltbericht der Landesregierung von 2013 sind rund 40 Prozent des Grundwassers so stark mit Nitrat belastet, dass dieses als Trinkwasser nur noch aufbereitet genutzt werden kann“, sagt Frank Sundermann

weiter. Der intensive Einsatz von Pflanzenschutzmitteln führe dazu, dass die Flora verarmt und vielen Tierarten die Nahrungsgrundlage weitestgehend entzogen wird.

Frank Sundermanns Begründung für die Große Anfrage: „Wir wollen erfahren, wo in NRW zu viel Dünger und Pflanzenschutzmittel auf Feld und Wiese landen. Weiterhin wollen wir Antworten, welche Steuerungsinstrumente sich bewährt haben und welche künftig genutzt werden können. Auf diese Weise wollen wir Sozialdemokraten eine regionale und nachhaltige Lebensmittelproduktion unterstützen, die für die Gesellschaft zugleich den höchsten Nutzen erzeugt.“

Frank Sundermanns Begründung für die Große Anfrage: „Wir wollen erfahren, wo in NRW zu viel Dünger und Pflanzenschutzmittel auf Feld und Wiese landen. Weiterhin wollen wir Antworten, welche Steuerungsinstrumente sich bewährt haben und welche künftig genutzt werden können. Auf diese Weise wollen wir Sozialdemokraten eine regionale und nachhaltige Lebensmittelproduktion unterstützen, die für die Gesellschaft zugleich den höchsten Nutzen erzeugt.“



Massive Kritik am rot-grünen Hochschulgesetz reißt nicht ab

„Bürokratische Gängelung“, „Entmündigung“, „Geist des Misstrauens“, „planwirtschaftliche Vorgaben“, „Geist des autoritären Staates“ und „Rückfall ins 19. Jahrhundert“ – selten fiel die Kritik an einem Vorhaben der Landesregierung so drastisch aus, wie jetzt in der Anhörung zum rot-grünen Hochschulgesetz von den Experten formuliert. „Das war eine Ohrfeige für die Regierung von Frau Kraft“, resümiert Klaus Kaiser, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der CDU-Landtagsfraktion. „Es ist nicht nachvollziehbar, warum die frühere Wissenschaftsministerin Kraft nicht längst eingegriffen hat und der Demontage unserer international anerkannten Hochschul-Landschaft durch die jetzige Wissenschaftsministerin Svenja Schulze Einhalt gebietet.“

Wie die CDU-Fraktion sieht auch die überwiegende Zahl der befragten Experten die



Foto: Schätke

national und international anerkannte Arbeit unserer Hochschulen in Gefahr. Kaiser: „Mit diesem Gesetz wird die hart erarbeitete Qualität der Hochschulausbildung massiv bedroht. Rot-Grün nimmt fahrlässig die nachhaltige Schwächung unserer Universitäten und Fachhochschulen in Kauf.“

Rot-Grün könne jetzt noch die Notbremse ziehen, fordert Kaiser. „Wenn aber SPD und Grüne weiterhin nach dem Motto: ‚Augen zu und durch‘ verfahren, dann befürchte ich Schlimmes für unsere derzeit noch glänzend dastehende Hochschullandschaft.“





So grün war der NRW-Tag in Bielefeld

Trotz einiger Regenschauer war der diesjährige NRW-Tag in Bielefeld sehr gut besucht: Tausende zogen durch die Stadt, um sich das Bühnenprogramm anzusehen und sich über den Landtag und seine Fraktionen zu informieren.



Die Grüne Landtagsfraktion NRW war mit einem Stand auf der »Landes.Meile« vor Ort. Abgeordnete diskutierten mit den Besucherinnen und Besuchern über alle Themen, die ihnen wichtig waren und bei denen der Schuh drückt. Für die Kleinen gab es als Überraschung ein Tattoo in Form eines Grün-Schnabels, eines Pinguins mit grünem Schnabel und Sonnenbrille. Sigrid Beer, Parlamentarische Geschäftsführerin, und die Abgeordneten klebten ihn vielen kleinen Gästen auf den Arm und blickten in strahlende Gesichter.

Außerdem haben viele Besucherinnen und Besucher an unserem Glücksrad gedreht: Die Gewinnerinnen und Gewinner konnten sich über Preise wie unsere Seedbombs, Bomben mit Blumensamen, freuen. Nicht nur Hannelore Kraft hofft, dadurch das Land ein Stück

grüner zu machen (Foto). Am Ende des NRW-Tages war die Stadt bevölkert mit Menschen, die grüne Klimaretter-Stofftaschen am Arm trugen. Diese Beutel gibt es in der Variante für Männer mit dem »Klimaretter« und für Frauen mit der »Klimaretterin«. Schon das sorgte für gute Laune. ■



700 Gäste beim traditionellen Sommerfest

Die FDP-Landtagsfraktion hat ihr traditionelles Sommerfest im Düsseldorfer Landtag gefeiert. Fraktionschef Christian Lindner betonte vor rund 700 Gästen den Wert der Freiheit. Am Tag des Sommerfests, dem 17. Juni, jährte sich der Aufstand in der DDR zum 61. Mal, erinnerte Lindner. Doch auch im 21. Jahrhundert würde die Freiheit immer wieder herausgefordert – von internationalen Konzernen wie Google ebenso wie von Besserwissern. „Wir müssen die Freiheit gemeinsam verteidigen.“

Der Fraktionsvorsitzende mahnte eine solide Haushaltspolitik in Bund und

Land an. Die große Koalition in Berlin gebe das Geld jedoch mit vollen Händen aus. „Die Methode Kamelle funktioniert im Karneval, aber damit darf unser Land nicht regiert werden“,



betonte Lindner. Mit Blick auf die verheerenden Folgen des Pfingststurms in NRW unterstrich er die „Notwendigkeit der staatlichen Solidargemeinschaft in Notsituationen“. Die FDP begrüßt, dass die Landesregierung den betroffenen Kommunen Hilfe zugesagt hat. Den Worten müssten aber auch Taten folgen. Unter den Gästen der FDP-Fraktion waren auch Vertreter von Feuerwehr- und Polizeigewerkschaften. Ihnen dankte Lindner – stellvertretend für alle Einsatz- und Hilfskräfte – für den unermüdlichen Einsatz bei der Beseitigung der verheerenden Sturmschäden. ■



Piraten wirken! Mehr Transparenz bei der Offenlegung von Nebeneinkünften

In Kürze gibt es ein neues Abgeordnetengesetz, welches für mehr Transparenz bei der Veröffentlichung von Nebentätigkeiten sorgt. Die Mitglieder des Landtags müssen wohl zukünftig Einnahmen, die über ihre Diäten hinausgehen, ab einer Bagatellgrenze (536 Euro/Monat bzw. 6.432 Euro/Jahr) und nach einer festen Staffel im Internet veröffentlichen: Sie müssen in Stufen eingruppiert werden, ob sie mehr als 1.000 Euro, 2.500 Euro, 5.000 Euro, 10.000 Euro, 20.000 Euro, 40.000 Euro usw. nebenbei verdienen.

Das ist gut, aber nicht gut genug! Seit unserem Einzug in den Landtag NRW vor zwei Jahren kämpfen wir für schärfere Transparenzregeln bei der Offenlegung von Nebeneinkünften.



Michele Marsching (PIRATEN)

ten. Immerhin waren wir auch die ersten Parlamentarier, die ihre Nebentätigkeiten auf der Fraktionshomepage veröffentlicht haben: www.piratenfraktion-nrw.de

Wir freuen uns zwar, dass es jetzt endlich, nach über zwei Jahren, ein neues Abgeordnetengesetz mit einer breiten parlamentarischen Zustimmung geben wird. Allerdings weisen wir dabei auch auf das „parteitaktische Klüngelgedöns“ der traditionellen Fraktionen hin. Das Gesetz ist eindeutig keine Initiative von Rot, Grün, Schwarz und Gelb – er zielt deutlich darauf ab, unseren Gesetzentwurf aus Mai 2014 aufzunehmen, abzuschwächen und zu verwässern. Darin fordern wir eine echte Transparenz

der Nebentätigkeiten durch die centgenaue Veröffentlichung aller Nebeneinkünfte sowie die Veröffentlichung ehrenamtlicher Tätigkeiten und des zeitlichen Aufwands. Denn die oben erwähnte Stufenregelung ist zu ungenau und auch ein ehrenamtliches Engagement kann das Mandat beeinflussen! Wir bestehen darauf, dass etwaige Abhängigkeiten von Politikern transparent werden. Nur so kann das Vertrauen der Bürger in die Politik gestärkt werden.

Auch wenn uns das künftige Gesetz nicht weit genug geht, so zeigt es dennoch: Piraten wirken und sorgen bei den anderen Fraktionen für Zugzwang in puncto Transparenz. ■



PIRATEN FRAKTION
IM LANDTAG NRW



STAAT UND KIRCHE IN NRW STANDPUNKTE UND PERSPEKTIVEN

Denkanstöße im Spannungsfeld

Überkonfessionelles Symposium im Landtag NRW

16. Juni 2014 – Bekenntnisgrundschulen, kirchliches Arbeitsrecht, konfessionelle Kitas, Krankenhäuser und Pflegeheime, nicht zuletzt die Kirchensteuer – so ganz lassen sich Kirche und Staat nicht trennen. Um nicht nur in Hörsälen darüber zu sprechen, wollten die beiden christlichen Kirchen in NRW die Diskussionen in die Öffentlichkeit tragen. Dafür sei der Landtag genau der richtige Ort, meinte Landtagsvizepräsident Eckhard Uhlenberg (CDU). Schließlich sei er das Haus der Bürgerinnen und Bürger – und damit auch der über 12 Millionen Christinnen und Christen in NRW.

Dass das Symposium im Herzen der nordrhein-westfälischen Demokratie stattfindet, zeige, so Ministerpräsidentin Hannelore Kraft, das gute Verhältnis von Kirche und Staat in NRW. Trotzdem gelte es, dieses Verhältnis immer wieder neu zu justieren.

Und so diskutierten rund 300 hochrangige Gäste aus Kirche, Politik, Wissenschaft, Verwaltung und Medien einen ganzen Tag lang verschiedenste Aspekte der Schnittstellen zwischen Kirche und Staat, konkret dem Land NRW.

Sechs Foren dienten dazu, dies mittels wissenschaftlicher Impulse und politischer Statements vertieft zu erörtern. In einem dieser Foren ging es ums Geld, zum Beispiel um die Kirchensteuer. Perspektivisch sahen hier die Diskutanten der Runde die europäische Gesetzgebung in der Pflicht. Ebenso ging es um staatliche Zuschüsse an die Kirchen. So gab es den Vorschlag, Staatsleistungen einzustellen und die Kirchen im Gegenzug eine Zeit lang steuerfrei zu stellen – wozu aber keine Steuer geeignet sei.

Forum 2 beschäftigte sich mit dem kirchlichen Arbeitsrecht: Muss der Chefarzt einer katholischen Klinik wirklich seinen Posten räumen, wenn er sich scheiden lässt? Eine Mehrheit hielt solches Loyalitätsverlangen seitens kirchlicher Arbeitgeber für überzogen. Die Runde sah Reformbedarf, der aber nicht staatlich verordnet werden, sondern aus der Kirche selbst entstehen solle. Auch Gewerkschaften müssten besser einbezogen werden.

Die christlichen Kirchen und jüdischen Gemeinden haben, anders als andere Religionsgemeinschaften, feste Sendezeiten bei öffentlich-rechtlichen Fernseh- und Radiosendern. Über dieses Privileg diskutierte ein drittes Forum im Landtag. Während einige die kirchliche Kern-

botschaft ohne solche Senderechte für zu wenig präsent hielten und deshalb daran festhalten wollten, forderten andere ein Recht auf Teilhabe für alle. Zweitens ging es um Feiertage. Der vortragende Wissenschaftler hielt einen muslimischen Feiertag angesichts von 1,5 Millionen muslimisch Gläubigen in NRW für möglich.

Die Vielzahl von konfessionellen Grundschulen, nämlich ein Drittel aller Grundschulen in NRW und größtenteils katholisch, thematisierte das Forum 4. Obwohl nur etwa die Hälfte der Kinder der Konfession angehörten, seien die Schulen sehr beliebt. Somit sei zu fragen, was Eltern zur Anmeldung bewege – vielleicht die Wertevermittlung? Die Zahl der Bekenntnisgrundschulen werde sich verringern, vermutete

die Mehrheit der Diskutanten. Auch ein Drittel der Kitas werde von der Kirche betrieben und die Nachfrage steige. Wie aber gehe eine christliche Kita damit um, wenn die Mehrzahl der Kinder einen anderen Glauben habe?

KONFESSIONELLE KLINIKEN

Forum 5 des Symposiums befasste sich mit der Bedeutung der Kirche für Krankenhäuser und Pflege. So stand die Frage im Raum, ob die vielen konfessionellen Kliniken in NRW einen Mehrwert hätten. Viele Teilnehmende hielten sie für sinnvoll, andere fragten nach dem dortigen medizinischen Umgang mit Schwangerschaftsabbrüchen oder Organtransplantationen. Mit dem Thema Pflege, stellte das Forum fest, befasse sich die Gesellschaft insgesamt zu wenig. Chancen sahen einige in der christlichen Wertevermittlung. Auf jeden Fall sei die oft empfundene Mauer zwischen stationärer und ambulanter Pflege einzureißen.

Auch die Kirchen als Kulturträger waren ein Thema. Schließlich habe die Kirche einen Öffentlichkeitsauftrag, und viele Menschen fänden über die Kultur in die Kirche. Gefordert wurde ein Minimum an staatlicher Förderung für offene Häuser. Auch unabhängig von der religiösen Praxis seien die Gebäude wertvoll. Ein bloßes Raumvermietungsprogramm löste allerdings Sorge vor Beliebigkeit aus. Der Denkmalschutz für Kirchengebäude bleibe eine moralische und zugleich herausfordernde Aufgabe. Ob sich eine staatliche Mindestförderung aus der Verfassung ableiten lasse, blieb offen.

Abschließend stellte der CDU-Fraktionsvorsitzende Armin Laschet fest, dass der Staat gar nicht all das leisten könne, was die Kirche schultere. Und eine multireligiöse Gesellschaft in NRW fordere eher noch dazu heraus, Religion im öffentlichen Raum zuzulassen – anstatt sie zu verdrängen.

SOW

Landtagsvizepräsident Eckhard Uhlenberg (Foto links) begrüßte die Vertreterinnen und Vertreter der Kirchen im Landtag. Er hob die Bedeutung von Religion und Glaube für die Vermittlung von Orientierung und Überzeugung hervor. Christen hätten nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, sich am politischen Leben zu beteiligen. Der Rückzug aus dem gesellschaftlichen Leben sei der falsche Weg.

Fotos: Schälte





Portrait: Dr. Robert Orth (FDP)



Ein Satz wie in Stein gemeißelt: „Wenn man Volksvertreter wird, darf man nicht aufhören, Teil des Volkes zu sein.“ So versteht Dr. Robert Orth sein Verständnis als Abgeordneter. Deshalb dürfe der Landtag nicht zu einer Käseglocke werden, sondern müsse Teil der Gesellschaft bleiben, betont der Liberale die Unabhängigkeit der Mandatsausübung. Zugleich ist seine Einschätzung eine Werbung für eine möglichst breite berufliche Vielfalt der im Parlament vertretenen Politikerinnen und Politiker.

Dass der 46-Jährige neben seiner Abgeordnetentätigkeit erfolgreich als Rechtsanwalt und Sozjus in einer Düsseldorfer Kanzlei tätig ist, habe direkt nichts miteinander zu tun, weist der Vorsitzende des Landtags-Rechtsausschusses mögliche Vorteile durch die Parlamentsarbeit von vornherein zurück. „Weniger Beruf als Berufung“ ist ihm das politische Engagement, weil er als „zutiefst Liberaler“ die Freiheit als Lebensentwurf im Parlament vertreten wissen will.

Vor 28 Jahren traf Orth seine bis heute gültige Grundsatzentscheidung: Im Vorfeld der letzten Bundestagswahl vor der deutschen Wiedervereinigung verglich er als damals 18-jähriger Schüler die Programme der Parteien und kam zu dem Schluss, dass ihm das Klima, das der damalige CDU/CSU-Fraktionschef Alfred Dregger schuf, „gar nicht gefiel“. Er hatte einfach kein Verständnis für das Flügeldenken des Christdemokraten und die damit verbundene einseitige Ausrichtung. „Man steht doch auf zwei Beinen“, befindet er fast 30 Jahre später nicht weniger überzeugt. Fasziniert war er dagegen von den Vorstellungen der FDP: „Freiheit ist unteilbar“, meint Orth nachdrücklich. Sie bestimme alle Lebensbereiche. Deshalb verwundert es nicht, dass Orth die FDP-Spitzenpolitiker Burkhard Hirsch und Otto Graf

Lambsdorff – Rheinländer wie er selbst – als seine Vorbilder bezeichnet. Die Wahrung der Bürgerrechte sei ein gemeinsames ganz hohes Gut, ist eine Klammer, die über politische Detailfragen hinweg verbindet, ist ein Fundament, das mit den liberalen Grundgeboten von Rechtsstaatlichkeit, Selbstbestimmung und Individualität einhergeht. „Wenn man selbst nicht gegängelt werden möchte, muss man sich dafür einsetzen, dass niemand gegängelt wird“, beschreibt Orth ein weiteres Hauptmotiv seines politischen Handelns. Das wird außerdem vom konstruktiven Willen zur Gestaltung bestimmt: Als Ratsmitglied in Düsseldorf habe er im Jahr 1999 für den Verkauf der Stadtwerke geworben: „Das war der erste Schritt zur Schuldenfreiheit“, lässt der Liberale ein wenig Stolz über die Entscheidung in seiner Heimatstadt durchschimmern.

Es sind ansonsten eher die leisen Töne, die der dienstälteste Ausschussvorsitzende anschlägt. Auch politische Mitbewerber attestieren ihm, neutral, fair und sachlich das Gremium zu leiten. Souverän gestalte er seine Rolle als Vorsitzender des Rechtsausschusses, heißt es anerkennend. Da er der Neutralität verpflichtet sei, mache er deutlich, wann er seine eigene Meinung in die Beratungen einbringt: Gelegentlich setzt er sich in kontroversen Debatten – nach vorheriger Ankündigung – selbst auf die Rednerliste, um die Positionen der Liberalen zu betonen. „Die Übergänge sind fließend“, erläutert der verheiratete Vater von zwei Kindern zu seiner zusätzlichen Aufgabe als innenpolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion. Halberzigkeit ist seine Sache nicht. Beispiel: Als im vergangenen Jahr klar war, dass er bei der möglichen Wiederwahl zum Vorsitzenden des FDP-Bezirksverbandes Düsseldorf mit einer Gegenkandidatur zu rechnen hat, zog Orth seine Bewerbung zurück. „Ich hätte nicht mit der gleichen Kraft weitermachen können.“

Und wie geht der Liberale mit der Krise seiner Partei um, die sich nach dem Abschied aus dem Bundestag in einer Wiederaufbauphase befindet? „Die Menschen werden erkennen, dass der Liberalismus im Bundestag fehlt“, glaubt der Jurist. Die Plädoyers für Datenschutz und Internetsicherheit verdeutlichten die kritische Haltung der Liberalen gegenüber dem Staat und seien zugleich ein politisches Angebot gerade für junge Menschen. Als Ausschussvorsitzender hebt er auch Gemeinsamkeiten hervor – wie jüngst bei der Israel-Reise der Rechtsausschussmitglieder: „Im Ausland sind wir alle Nordrhein-Westfalen.“

„Auch Abgeordnete haben ein Recht auf Privatheit“, betont Orth. Die wenig verbleibende freie Zeit füllt er übrigens mit Gartenarbeit, Tennis oder Skifahren. *Robert Vornholt*

Fulminante Aufholjagd

Ministerpräsidentin Hannelore Kraft und Landtagspräsidentin Carina Gödecke ließen es sich nicht nehmen, die beiden Mannschaften der Landtage NRW und Niedersachsen persönlich zu begrüßen, die am Rande des NRW-Tags in Bielefeld aufeinandertrafen. Die Wichtigkeit des Spiels wurde unterstrichen durch den Besuch des FCL-Präsidenten Günter Langen in der Kabine der Heimmannschaft, die sonst die Profis der Armenia für sich haben. Dann ging es gegen eine wesentlich jüngere Elf der Niedersachsen los. Der FCL musste sich erst noch finden und lag prompt nach wenigen Minuten mit 0:4 im Hintertreffen.

Die Abwehr um Daniel Sieveke, Jürgen, Dennis und Bernd Heimfarth fand jedoch mehr Zugriff zum Gegner. Im Mittelfeld zogen Johannes und Edi Surovac die Fäden, Herbert Goldmann und Walter Kern beackerten die Außenbahnen und schon stellten sich die ersten Früchte ein. Nach einem schönen Solo-Lauf von Brian Schüttrumpf über die rechte Flanke staubte Till Schüttrumpf in bewährter Torjäger-Qualität zum 1:4 ab. Nur wenige Minuten später lupfte Dirk Schüttrumpf einen schönen Paß auf Stojan Petrov, der zum 2:4 vollendete. Dann stach Willi Nowack in bester Knipser-Manie zu und als der österreichische Alt-Internationale Werner Mayer zum 4:5 verkürzte, hoffte der FCL auf die Wende. Nach einem Gegentor drängte der FCL weiter nach vorne. Einen Elfmeter im Nachschuss versenkte abermals Till Schüttrumpf zum 5:6. Das war's! Ein spektakuläres und äußerst faires Spiel fand ein Ende. Beide Mannschaften erhielten Standing-Ovations. *Dirk Schüttrumpf*

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen Carina Gödecke
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf
Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion: Christoph Weißkirchen (cw, Chefredakteur), Sonja Wand (sow, stv. Chefredakteurin), Daniela Braun (bra, Redakteurin), Bernd Schälte (bs, Bildredaktion)
Telefon (0211) 884-2545 (cw), 884-2304 (sow), 884-2107 (bra), 884-2309 (bs), Fax 884-3551, email@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Parlamentarische Geschäftsführer/-innen: Marc Herter (SPD), Lutz Lienenkämper (CDU), Sigrid Beer (GRÜNE), Christof Rasche (FDP), Nicolaus Kern (PIRATEN), Pressesprecher/-innen: Frank Uferkamp (SPD), Axel Bäumer (CDU), Stefanie Kaufmann (GRÜNE), Wibke Op den Akker (FDP), Ingo Schneider (PIRATEN)

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Auflage: 30.000

Satz: de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

Herstellung und Versand:
Druckservice Duisburg
Medienfabrik GmbH & Co. KG

Internet-Adressen: www.landtagintern.de,
www.landtag.nrw.de

Landtag Intern wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Weitere Hinweise



www.landtagintern.de

Geburtstage

9. Juli bis 9. September 2014

12.7. Freimuth, Angela (FDP)	48
13.7. Haardt, Christian (CDU)	49
14.7. Dr. Adelman, Roland (SPD)	44
16.7. Dr. Schwall-Düren, Angelica** (SPD)	66
16.7. Beu, Rolf (GRÜNE)	57
18.7. Schneider, René (SPD)	38
19.7. Wüst, Hendrik (CDU)	39
21.7. Steininger-Bludau, Eva (SPD)	63
21.7. Dr. Optendrenk, Marcus (CDU)	45
23.7. Müller, Holger (CDU)	67
23.7. Stotz, Marlies (SPD)	55
23.7. Abruszat, Kai (FDP)	45
23.7. Bombis, Ralph (FDP)	43
25.7. Scheffler, Michael (SPD)	60
26.7. Tüttenberg, Achim (SPD)	55
28.7. Hack, Ingrid (SPD)	50
29.7. Marquardt, Thomas (SPD)	57
29.7. Krüger, Mario (GRÜNE)	57
30.7. Spiecker, Rainer (CDU)	53
1.8. Lück, Angela (SPD)	55
2.8. Gebauer, Yvonne (FDP)	48
3.8. Münstermann, Peter (SPD)	58
5.8. Kufen, Thomas (CDU)	41
9.8. Maaßen, Martina (GRÜNE)	51
10.8. Krückel, Bernd (CDU)	50
17.8. Kopp-Herr, Regina (SPD)	57
18.8. Ruhkemper, Cornelia (SPD)	60
19.8. Dr. Paul, Joachim (PIRATEN)	57
21.8. Freifrau von Boeselager, Ilka (CDU)	70
21.8. Jostmeier, Werner (CDU)	64
23.8. Hausmann, Wilhelm (CDU)	44
24.8. Warden, Marion (SPD)	56
25.8. Schmitz, Ingola Stefanie (FDP)	52
27.8. Pieper, Monika (PIRATEN)	51
27.8. Vosse, Klaus (CDU)	44
29.8. Doppmeier, Ursula (CDU)	62
1.9. Möbius, Christian (CDU)	48
2.9. Korte, Kirstin (CDU)	59
2.9. Dahm, Christian (SPD)	51
2.9. Schick, Thorsten (CDU)	43
3.9. Kerkhoff, Matthias (CDU)	35
4.9. Rohwedder, Hanns-Jörg (PIRATEN)	57
8.9. Alda, Ernst-Ulrich (FDP)	59

** Mitglieder der Landesregierung ohne Landtagsmandat

Ehemalige Abgeordnete – besondere Geburtstage ab 70

8.7. Scheel, Walter FDP	95
17.7. Dr. Möcklinghoff, Egbert CDU	90
18.7. Dr. Franke, Hans-Joachim CDU	75
19.7. Schreiber, Friedrich SPD	80
20.7. Reinecke, Donata SPD	70
24.7. Dr. Düttmann-Braun, Renate CDU	70
14.8. Reinhardt, Gudrun CDU	75
26.8. Dr. Möhrmann, Renate CDU	80
29.8. Blömer, Richard CDU	70
2.9. Lieven, Wilhelm CDU	80
6.9. Dr. Vollmann, Wilhelm SPD	75
6.9. Jentsch, Jürgen SPD	75

Verstorben

17.6. Wolfram Dorn (FDP)
MdL 1954-61, 1975-80, 1985-1995

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



Engel der Kulturen

Der Johannes-Rau-Platz vor der Villa Horion neben dem Düsseldorfer Landtag ist um ein friedvolles Symbol reicher: Im Juni haben dort die Künstler Gregor Merten und Carmen Dietrich mit Vertretern der drei abrahamitischen Religionen, Schülerinnen und Schülern, Abgeordneten des Landtags sowie zahlreichen Bürgerinnen und Bürgern im Rahmen des Projekts „Engel der Kulturen“ eine Intarsie verlegt. Das Bodenkunstwerk vereint in einem Kreis den Stern Davids für das Judentum, den Halbmond für den Islam und das Kreuz für das Christentum – in Zeiten von NSU-Prozess und weltweiten Konflikten zwischen den Religionen ein wichtiges Zeichen für ein friedvolles Miteinander.

Die Aktion „Engel der Kulturen“ habe eine politische Botschaft, ohne aber ein politisches Projekt zu sein, betonte Landtagspräsidentin Carina Gödecke. Nach dem EU-Parlament sei der NRW-Landtag die zweite Volksvertretung, die sich am „Engel der Kulturen“ beteilige. Seit 2008 habe der Engel viele tausend Kilometer auf seinem Weg des Friedens durch deutsche und europäische Städte zurückgelegt und sei auch in Israel unterwegs gewesen. Bei der Verlegung der Intarsie entsteht beim Ausbrennen jeweils der Engel für die nächste Station, die das Projekt ansteuert.

Foto: Schälte